

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 22. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Lebenshaltung Berliner Arbeiterfamilien.

Die vorhin bereits kurz (in Nr. 12) besprochene Veröffentlichung des Berliner Statistischen Amtes über „Lohnermittlungen und Haushaltsrechnungen der minderbemittelten Bevölkerung im Jahre 1903“ dürfte mit ihrem zweiten Teil noch mehr Interesse erregen als mit dem ersten. Welchen Lohn die Arbeiter der einzelnen Berufsgruppen bekommen, wieviel Stunden sie täglich arbeiten müssen, in welcher Jahreszeit und auf wie lange die Arbeit knapp zu sein pflegt — alles das ist im allgemeinen bekannt. Das Tabellenwerk des Statistischen Amtes gibt hierüber im einzelnen noch manchen recht lehrreichen Aufschluss und ist wertvoll trotz der mitunter sehr erheblichen Abweichungen, die zwischen den Antworten der um Auskunft ersuchten Innungen, Gewerkschaften, Gewerksvereine, Krankenkassen usw. bestehen. Aber in die rechte Beleuchtung wird das Ergebnis dieser dankenswerten Enquete über das Einkommen der Arbeiterbevölkerung Berlins doch erst gerückt durch die Ermittlungen über die nicht minder wichtige Frage, wie der Arbeiter mit seinem Verdienst und etwaigen Nebeneinnahmen (aus Mitarbeit von Frau oder Kindern, aus Mietbeiträgen von Schlafstellen, aus Altersrenten und sonstigen Bezügen einzelner Angehöriger) sich einrichtet, um sein und seiner Familie Bedürfnis nach Wohnung, Kleidung, Nahrung und Erholung leidlich befriedigen zu können.

Den meisten der 908 Haushaltungen, deren Angaben das Statistische Amt berücksichtigt hat, stand eine nur bescheidene Jahreseinnahme zur Verfügung, während die Zahl der Haushaltsmitglieder in der Mehrzahl der Fälle nicht gering war. Die Haushaltsvorstände gehörten eben fast durchweg den (wie das Tabellenwerk sagt) „handarbeitenden Klassen“ an, und zwar hatten nur ganz wenige von ihnen in ihrer Erwerbstätigkeit eine leitende Stellung inne. Von den einzelnen Berufsgruppen waren am stärksten vertreten die Holzindustrie (mit 175 Haushaltungen), die Metallindustrie (mit 148), das Baugewerbe (mit 118). Weniger zahlreich waren die Erwerbstätigen der Papier- und Lederindustrie (70), die Arbeiter ohne nähere Angabe (74), die Angestellten der Druckereien und künstlerischen Betriebe (68), die in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten (45), die Hausdiener (37) usw. In den Haushaltungen schwankte die Kopffzahl zwischen 1 und 18 Personen, während die Jahreseinnahme pro Haushaltung von 700 M. bis über 9000 M. reichte. Im ganzen kamen 8888 Personen in Betracht, für die eine gesamte Jahreseinnahme von 1589 547 M. zur Verfügung stand. Der Durchschnitt pro Haushaltung war: etwas über 4 Personen mit rund 1751 M. Gesamteinkommen. Im einzelnen gab es natürlich mannigfache Abstufungen. Beispielsweise fanden auf der einen Seite Haushaltungen von 2 Personen mit 2600 M., auf der anderen Seite solche von 8 Personen mit nur 1000 M., von 9 Personen mit 1200 M., von 10 Personen mit 1400 M. Der Arbeiter ist arm an Geld, aber dafür in der Regel desto reicher an Kindern.

Wer in solchen Haushaltungen den Einnahme- und Ausgabe-Etat im Gleichgewicht erhalten will, der muß ein geschickter Bilanzierungskünstler sein. Manchem ist das Kunststück so gut gelungen, daß er noch einen Ueberschuß herauswirtschaften konnte. 399 Haushaltungen behielten 21 070 M. drüber, durchschnittlich jede 53 M. In 45 Haushaltungen stimmte die Rechnung auf Heller und Pfennig. Dagegen schlossen die übrigen 464 mit einem Defizit von 86 742 M. ab, durchschnittlich jede mit 79 M. Im ganzen blieb ein Defizit von 15 672 M.; der Gesamteinnahme von 1 589 547 M. stand gegenüber eine Gesamtausgabe von 1 605 219 M. Die Schwierigkeiten der Bilanzierung sind deshalb so groß, weil in Arbeiterfamilien der größte Teil der Einnahmen für die zur Existenz absolut notwendigen Ausgaben draufgehen muß. Da soll einer es versuchen, „sich nach der Decke zu strecken“! Das Tabellenwerk unterscheidet: I. Existenznotwendige Ausgaben: 1. Miete, Heizung, Beleuchtung, 2. Kleidung, 3. a) Nahrung ohne Ausgabe für Spirituosen, 3. b) Essen im Wirtschaftshaus, 4. Handwerksgerät, 5. Straßenbahn usw.; II. Geseßlich-pflichtmäßige Ausgaben: 1. Kranken- und Invalidenversicherung, 2. Steuern, 3. Schulgeld, 4. Bekleidungs- und Invalidentherapie; III. Ausgaben für körperliche und geistige Erholung: 1. Bäder, 2. Trinken im Wirtschaftshaus, 3. Branntwein, 4. Tabak, 5. Zeitungen, Bücher, 6. Vergnügungen; IV. Freiwillige Beiträge: 1. Privatversicherung, 2. Vereine; V. Sonstige regelmäßige Ausgaben; VI. Außerordentliche Ausgaben: 1. Arzt, Apotheker, 2. Möbel, Umzug, 3. Schuldentilgung. Die „e r s t e n n o t w e n d i g e n“ Ausgaben der Gruppe I blieben in keiner Haushaltung unter drei Viertel aller Ausgaben, und in manchen reichten sie bis fast an sieben Achtel heran.

Schon die Aufzählung der Gruppen läßt erkennen, wie sehr das Tabellenwerk ins einzelne geht. Wir müssen uns aber mit der Wiedergabe nur der wichtigsten Daten begnügen. Die W o h n u n g s m i e t e bildet im Arbeiterhaushalt zwar nicht den allergrößten, aber den allerunbequemsten Ausgabenposten. An ihr läßt sich nichts abknappsen, auch wenn plötzlich Krankheit oder Arbeitslosigkeit über die Familie hereinbricht. Sie wird voll eingefordert, auch wenn die paar Groschen, die noch da sind, kaum mehr ausreichen, um die Familie satt zu machen. Die Wohnung erforderte in den vom Statistischen Amt berücksichtigten Haushaltungen durchschnittlich ein Sechstel aller Ausgaben, obwohl sie in der Regel nur aus 1 oder 2 Stuben bestand. Die 908 Wohnungen kosteten 282 472 M., macht pro Wohnung 289 M. Die darin hausenden 8828 Personen verfügten über 1281 Stuben, macht pro Stube drei Bewohner. So wohnen die Berliner Arbeiterfamilien! So wohnen sie im Durchschnitt, die einzelne Familie wohnt manchmal besser, aber manchmal auch noch sehr viel schlechter. In den Tabellen sind zahlreiche Fälle aufgeführt, wo auf die Stube mehr als die

doppelte und dreifache Bewohnerzahl entfiel. Maximum war: elf Personen in einer „Wohnung“ von einer Stube. Die betreffende Familie hatte, nebenbei bemerkt, nur ein Einkommen von 1722 M., obwohl außer dem Vater noch drei Personen mitarbeiteten. Ausgegeben wurden 1948 M. Der Mann scheint die Nahrung der Satten, sich nach der Decke zu strecken, schlecht beherzigt zu haben.

Bei geringem Einkommen wird die erwähnte, schier unglaubliche Zusammendrängung notwendig, damit für Lebensmittel verwendet werden kann, was an der Wohnung gespart wird. Die Nahrungsbeschaffung verursacht in Arbeiterfamilien ohnedies die stärkste Ausgabe. Je größer die Familie ist, desto mehr wächst dieser Ausgabenposten, desto weniger kann andererseits für Miete ausgegeben werden, und desto erbärmlicher wird die Wohnung. Essen und Trinken im Haushalt erforderten durchschnittlich etwa die Hälfte aller Ausgaben, in 908 Familien 778 756 M. Man sieht, welche Rolle in der Haushaltung des Arbeiters die Frau spielt und in welchem Umfange sie zum Gelingen des Bilanzierungskunststückes mitwirkt. In vielköpfigen Familien mit geringem Einkommen gehen sogar bis zu zwei Drittel aller Ausgaben für Nahrungsmittel drauf. Da begegnet man in den Tabellen einer Familie von 9 Personen, die in einer „Wohnung“ von einer Stube haust und 222 M. Miete zahlt. Die Frau verdient mit (bei 7 kleinen Kindern!), aber die Jahreseinnahme kommt doch nur auf 1439 M. Die Ausgabe beläuft sich auf 1524 M.; also wieder mal eine Decke, die nicht langen wollte. Für Nahrungsmittel wurden hier allein 1014 M. ausgegeben. Wie hoch steht doch solch eine Arbeiterfrau über der reichen Gnädigen, die im Wohltätigkeitsverein das Wort führt!

Nimmt man den gesamten zur Existenz notwendigen Bedarf, also außer Wohnung noch Heizung und Beleuchtung, außer Nahrung in der Familie noch Essen im Wirtschaftshaus, das für manche Berufe ins Gewicht fällt, ferner die Kleidung, etwaige Fahrkosten usw., so kommt man, wie schon oben angegeben, auf drei Viertel bis sieben Achtel aller Ausgaben. Vom Rest, der zwischen einem Viertel und einem Achtel aller Ausgaben liegt, ist noch mancherlei zu bestreiten. Die Aufwendungen für E r h o l u n g, die wir herausgreifen wollen, schwanken zwischen einem Achtel und einem Zwanzigstel aller Ausgaben. Je größer die Familie, desto weniger bleibt für solchen „Luxus“ übrig. Richt immer spielt der Alkohol die Hauptrolle. Manche Haushaltungen fallen durch beträchtliche Ausgaben für Zeitungen und Bücher auf, aber daneben finden sich freilich auch einige — in der Regel sind es die ärmsten —, die hierfür nicht einen Pfennig gebührt haben.

Die trockenen Zahlenreihen des Tabellenwerkes reden eine eindringliche Sprache. Sie liefern aufs neue den Beweis, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterbevölkerung immer günstigere Arbeits- und Lohnbedingungen zu erringen sucht, damit sie ihre Lebenshaltung menschenwürdiger gestalten kann.

Sie beweisen aber auch, wie viel von dem gerühmten wirtschaftlichen Aufschwung für die Arbeiter abfällt. Die Wortführer des Kapitalismus gaulen Möglichkeiten vor, die in der Wirklichkeit nicht vorkommen; er züchtet den Reichtum der wenigen, die Not der Massen, die nicht dadurch verschwindet, daß sie in keinen Schwankungen geringer oder stärker ist.

Das Todesurteil des Absolutismus.

Nach dem erfolgreichen Attentat auf den Großfürsten Sergius brechen die Zeichen der sich abzeichnenden Wägen überall ungestüm hervor. Die wirtschaftlich-politische Arbeiterbewegung vereinigt sich immer untrüger mit dem Kampf der Intellektuellen, die offen die rückwärtsloseste Sprache führen, die jemals in Rußland erhört worden ist.

Das herrschende Rußland befindet sich tatsächlich in einem Auflösungsprozeß. Es blutet wirtschaftlich aus unzähligen Wunden. Die große Streikbewegung beginnt jetzt die Eisenbahnen zu erschaffen. Am Kaukasus scheint der förmliche Bürgerkrieg ausgebrochen. In Petersburg hat eine mächtige Studentenbewegung den Todesurteil des gegenwärtigen Kampfes grell beleuchtet.

Aufruhr im Kaukasus.

Ein Privattelegramm meldet uns: Das ganze Kaukasus-Gebiet ist vom Aufruhr ergriffen. Die Armenier, Grusier und Girkessen haben sich gegen das Zarat verbündet. Nach Gerüchten ist das Militär zerstreut worden. Die Aufständischen haben den Truppen die Waffen, selbst Kanonen, abgenommen. Der Gouverneur wird von der Bevölkerung gefangen gehalten. Die Revolutionäre bilden Lager außerhalb der Städte.

Telegraphen- und Eisenbahnverkehr ist zerstört. Die Dampfer werden in Batum nicht ausgeladen. Briefliche Mitteilungen des „Berliner Tageblatt“ aus Tiflis befragen:

„Der Streik in Transkaukasien greift immer weiter um sich. Seit zehn Tagen schon ist die Arbeit in unseren Eisenbahn-Werkstätten eingestellt, ebenso in den wenigen Fabriken. Eine Woche lang streikten die Bäder; seit gestern haben wir aber wieder Brot, Tramway- und Pferdebahnverkehr vor einen Tag lang vollständig eingestellt, dann wurde der Betrieb teilweise wieder aufgenommen. Soldaten fungierten als Konduktoren und Aufsicher; außerdem stand auf jedem Bogen schußbereit ein Soldat. Sonntag, den 29. Januar, kam es im Zentrum der Stadt zu einem großen Zusammenstoß zwischen Militär und Arbeitern. Es gab etwa 20 Verwundete. Die Stimmung in der Stadt ist sehr erregt. Patrouillen durchstreifen die Straßen. Die Vorstellungen in den Theatern sind unterbrog. Proklamationen des „Militär Komitees“ findet man überall. Die Eisenbahnzüge gehen mit einer „Geschwindigkeit“ von 15 Werst in der Stunde, da fortwährend

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsheftigen Rollenzeitung oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Schiensätze fortgenommen werden. Die Zeitungen erscheinen nicht, da die Druckereien nicht arbeiten. In Tiflis beträgt die Zahl der streikenden Arbeiter circa 5000 bis 6000.

Gestern stellten die Arbeiter in den Manganzergewerken von Tschatur die Arbeit ein, 4000 bis 5000 Mann stark. Ihre Forderungen sind ebenso wie hier überall teils ökonomischen, teils politischen Charakters. Ueberhaupt ist die Stimmung in ganz Grusien äußerst aufgeregt. Die Nachrichten von den Petersburger Megeleien verbreiten sich trotz aller Verhöhnungsversuche und machen viel böses Blut. Attentate auf Militär- und Polizeipersonen mehren sich.

Aus Batum wird ferner telegraphiert: Blutige Zusammenstöße haben gestern zwischen Russen und Armeniern stattgefunden. Gegen sämtliche Läden und Verkaufsstellen wurden Schüsse abgefeuert; das Schießen dauerte gestern den ganzen Tag über. Zahlreiche Personen wurden getötet oder verwundet. Die Stadt macht den Eindruck, als ob der Belagerungszustand über sie verhängt wäre.

Die Lage.

In der gestrigen Nummer haben wir die denkwürdige Kundgebung der Petersburger Studenten mitgeteilt. Der „Rdn. Zeitung“ wird dazu aus Petersburg telegraphiert: Der Verlauf der Veranstaltung könne die Regierung nicht mehr im Zweifel lassen, was ihr von der gesamten Intelligenz sowie von den besitzenden Ständen bedorft, wenn sie sich nicht schleunigst entschließt, ernsthafteste Schritte zur Klärung der Lage zu tun. Die allgemeine Lage entwickelt sich immer bedrohlicher.

Eisenbahnerstreik.

Der allgemeine Ausstand aller Beamten und Arbeiter auf der Südbahnen trat ein auf Ersuchen der Arbeiterverbände, die erwarten, daß baldigt die Kollegen aller übrigen Bahnen sich dem Ausstand anschließen; so ist heute bereits ausgeschlossen, daß die noch im Lande vorhandenen Eisenbahntuppen genügen, um die Linien zu besetzen und zu bedienen, deren Personal sich jetzt im Ausstand befindet.

Aus Kiew, 20. Februar, wird gemeldet: Beamte der Südbahnen versammelten sich heute früh, um die Frage der Aufbesserung ihrer Lage zu beraten und der Verwaltung ihre Forderungen bezüglich der Arbeitsbedingungen zu stellen. Zugleich versammelten sich die Kassenbeamten. Der Vorsitzende verlas sodann einen Vorschlag betreffend Aufbesserung der Lage der Beamten und Arbeiter aller zu den Südbahnen gehörenden Linien und Werkstätten insbesondere bezüglich einer Lohnerhöhung der Unterbeamten, Gleichstellung der männlichen und weiblichen Angestellten, Eröffnung von Schulen, Regelung des Nachdienstes sowie Verteilung von Gratifikationen durch Arbeiter statt durch die Verwaltung. Die Punkte betreffend den Verlauf des inneren Lebens und bezüglich der Politik wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Nach Durchsicht der Forderungen seitens der Verwaltung wurde der allgemeine Ausstand beschlossen, allerdings ohne Zwangsmassregeln anzuwenden.

Weitere Ausstandsmeldungen.

Warschau, 21. Februar. Viele Arbeiter begeben sich auf die Dörfer.

Charkow, 21. Februar. Die Arbeiter in den Kronbranntwein-Niederlagen und in den Druckereien sind in Ausstand getreten.

Noworadomsk, 21. Februar. Hier ist ein allgemeiner Arbeiterausstand ausgebrochen.

Ein neuer Brief von Gapon.

Das russische sozialdemokratische Zentralorgan „Iskra“ veröffentlicht einen interessanten Brief des Priesters Gapon, welcher wie folgt lautet:

Offener Brief an die sozialistischen Parteien Rußlands!

Die blutigen Tage in Petersburg und im übrigen Rußland stellen die geknechtete Arbeiterklasse von Gesicht zu Angesicht direkt dem absolutistischen Regime mit dem Muthund von Jaren an der Spitze gegenüber. Die große russische Revolution ist ausgebrochen. Alle diejenigen, welchen die Volksfreiheit wirklich am Herzen liegt, müssen siegen oder sterben.

Im Bewußtsein der Wichtigkeit des jetzigen historischen Augenblicks, angeführt der jetzigen Lage, rufe ich, als ein Mann der Tat und vor allen Dingen Revolutionär, das Proletariat und alle sozialistischen Parteien Rußlands auf, unzerzähllich sich untereinander zu einigen und den bewaffneten Zustand gegen den Zarismus anzufangen.

Alle Kräfte jeder Partei müssen mobilisiert werden. Der technische Kampfplan muß für alle derselbe sein: Bomben, Dynamit, der individuelle und der Massenterror — alles das kann die Volkserhebung fördern. Das nächste Ziel ist die Niederwerfung des Absolutismus, Schaffung einer temporären revolutionären Regierung, welche unzerzähllich die Amnestie aller Kämpfer für die politische und religiöse Freiheit proklamiert, unzerzähllich das Volk bewaffnet und unzerzähllich eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts einberuft.

Auf zur Arbeit, Genossen! Vorwärts zum Kampf! Wiederholen wir die Parole der Petersburger Arbeiter vom 22. Januar: Freiheit oder Tod! Alles Jögern und Unordnung ist jetzt ein Verbrechen gegenüber dem Volke, dessen Interessen Ihr vertritt. Jedes ich alle meine Kräfte dem Volke, aus dessen Reihen ich selbst hervorgegangen (Sohn eines Bauern), gelidmet habe, indem ich auf immer mein Schicksal mit dem Kampfe gegen die Ausbeuter der Arbeiterklasse verbunden habe, werde ich mit

dem ganzen Herzen und mit der ganzen Seele mit denjenigen sein, welche sich mit der wirklichen Arbeit für die Befreiung des Proletariats und alle arbeitenden Elemente vom Joch des Kapitalismus und von der politischen Sklaverei befassen werden.

Georgi Gapon.

21 Protestveranstaltungen gegen den Zarismus.

Paris, 20. Februar. (Fig. Ver.) Die wirkungsvolle Protestaktion der französischen Sozialisten aller Richtungen gegen den Zarismus dauert ohne Unterlass fort. Am letzten Sonnabend und Sonntag wurden von den sozialistischen Parteien gemeinsam 21 Protestveranstaltungen in ebenso vielen Provinzstädten abgehalten, und zwar in Clermont-Ferrand, Dijon, Lille, Saint-Etienne, Limoges, Chartres, Angers, Chalons-sur-Saône, Sotheville-les-Rouen, Velfort, Tours, Decazeville, Dürenkirchen, Havre, Montluçon, Sedan, Montceau-les-Mines, Périgueux, Chaumont, Cahors und Eprenay.

Es kann nicht genug hervorgehoben werden zum Lobe der französischen Sozialisten und als Anerkennung der besonderen Verdienstlichkeit ihrer antizoristischen Agitation, daß sie immer und überall neben der Betonung ihrer tiefen Solidarität mit dem russischen Freiheitskämpfer die offizielle Allianz Frankreichs mit dem Zarentum brandmarken und verwerfen. Damit geben unsere Redner den klaren Gedanken und Gefühlen der klaffenbetruhten Arbeiterklasse Ausdruck und werden andererseits machtvoll zur revolutionären internationalen Solidarität und zur Selbstbefreiung vom reaktionären Banne der Allianz weite Schichten des bisher rückständigen Teiles der Arbeiter.

Legieres hat sich wieder im glänzenden Verlauf der 21 Provinzveranstaltungen offenbart. Überall jubelte unseren Rednern eine begeisterte Zuhörerschaft zu, überall wurde einmütig dieselbe Resolution votiert: das in der Pariser Massenversammlung vom 30. Januar beschlossene Manifest an das Proletariat, worin u. a. die Allianz mit dem mörderischen Zarentum zurückgewiesen wird.

Die Protestveranstaltungen wirken auch Gutes für das sozialistische Einigungswort. In der Regel beteiligten sich als Redner Vertreter der verschiedenen Parteien, wie die Versammlungen von der sozialistischen Einigungs-Kommission veranstaltet werden. Und auch in den Reden selbst kommt der Einigungsgedanke naturgemäß zur Geltung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar.

Arbeitskammern.

Der Reichstag, dessen Mitglieder sich zu den Handelsvertrags-Verhandlungen ungewöhnlich zahlreich versammelt haben, benutzte die seltene Gelegenheit der Beschlußfähigkeit, um zu Beginn der heutigen Sitzung über den Toleranzantrag des Zentrums abzustimmen. Mit unserer Hilfe gelang es den Antragstellern, eine Mehrheit für die Ueberweisung an eine Kommission zu erzielen.

Dann wandte sich der Reichstag unserem Antrag auf Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes und Bildung von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern in ganz Deutschland zu. Er ist eine Art sozialpolitischer Chidhros, der alle zehn Jahre wieder vor den Reichstag kommt. In denselben Zeiträumen gibt die Regierung das Versprechen ab, einen Gesekentwurf, der die verlangte Organisation der Arbeit mit sich bringt, binnen kürzester Frist dem Reichstag vorzulegen. Praktisch hat sie auf diesem Gebiet noch nicht das geringste geleistet; sie ist aus dem Stadium der Erwägungen, der ersten Erwägungen und der ernstesten Erwägungen noch nicht herausgekommen. Deshalb legte heute unsere Fraktion dem Parlament einen ausgearbeiteten Gesekentwurf zur Organisation der Arbeiter und Unternehmer in paritätischen Körperschaften vor. Genosse Thiele, der ihn begründete, gab eine eingehende Geschichte der Bestrebungen und parlamentarischen Arbeiten, die bisher zur Erreichung dieses Zieles geleistet worden sind, und wies nach, wie weit Deutschland in dieser Hinsicht hinter den anderen Kulturstaaten zurückgeblieben sei, wie mangelhaft infolgedessen die deutsche Arbeiterstatistik geblieben sei. Dabei hat die Gesekgebung längst für alle anderen Klassen Interessentvertretungen geschaffen. Um so auffällender ist die Ablehnung der Forderung nach Arbeitskammern, die in dem kaiserlichen Erlasse vom 1890 der Arbeiterschaft feierlich zugesichert worden sind, durch die Regierung. Und doch hat diese Stellungnahme ihren guten Grund. Denn die Arbeitskammern sind nicht nur ein Stück Sozialreform, sondern führen auch in dem Bureaukratenstaat Preußen-Deutschland ein neues und wichtiges Element der Selbstverwaltung ein. Ihre aufklärende Tätigkeit fürchtet die Regierung wie alle kapitalistischen Parteien.

Am Bundesratsstische war es leer. Erst gegen Schluß der Sitzung erschien auf kurze Zeit Graf Posadowsky. Die Herren Minister haben sich in den letzten Tagen übermäßig für die Handelsverträge angestrengt; sie haben keine Zeit mehr, nebenbei auch noch ein bißchen Sozialpolitik zu treiben. Auch die Menge der bürgerlichen Abgeordneten hatte sich nach der Abstimmung rasch verlaufen. Sie überließen ihrem halben Duzend sozialpolitischer Gewohnheitsredner die undankbare Aufgabe, einen Grund für das ständige Nichterscheinen des so oft Versprochenen zu suchen. Herr Trimborn vom Zentrum, der heute sein sozialpolitisches Licht gar nicht leuchten ließ, verlangte zugleich mit der Organisation der Arbeiter und Unternehmer eine Organisation der Privatbeamten — eine neu entdeckte Wählerklasse, deren Stimmen man gern fangen möchte. Herr Erzberger forderte ebenfalls im Namen des Zentrums eine Organisation der „geistigen“ Arbeiter. Er bemühte sich im übrigen, den Gedanken einer mittelalterlich-ständischen Berufsvertretung dem modernen Gedanken der Klassenorganisation entgegenzustellen. Herr Dr. Mugdan von der Freisinnigen Volkspartei wußte überhaupt nicht, weshalb die Arbeiter zu einer Organisation „gezwungen“ werden sollten, und folgerichtig, daß er dem Prinzip unseres Antrages zustimme. Natürlich nur, um mit dem Nationalliberalen Dr. Pätzig und dem Antifemiten Raab zusammen durch möglichst viele Ausstellungen an Einzelheiten der Ausführung des Prinzips entgegenzuwirken. Offenherziger lehnte der konservative Abgeordnete Pauli-Potsdam jeden Gedanken an eine Arbeitervertretung ab, während er für alle anderen Interessentengruppen staatliche Organisationen zu schaffen bereit ist. — Mit der bürgerlichen Rückständigkeit wie mit der bürgerlichen Halbheit rechnete dann Behl im Schlußwort zu unserem Antrage gründlich ab.

Eine Entscheidung über den Antrag selbst kann erst in der zweiten Lesung fallen.

Heute wurde ein verwässerter Antrag der Nationalliberalen auf Selbständigmachung der Kommission für Arbeiterstatistik angenommen und ein von den Polen faum verteidigter Antrag auf Schaffung eines Reichs-Arbeitsamtes mit umfassenderen Befugnissen dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Wittwoch steht die dritte Lesung der Handelsverträge auf der Tagesordnung.

Kultus-Etat.

Das Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die zweite Lesung des Kultus-Etats. Ganz gegen die geschichtliche Ueberlieferung der letzten 25 Jahre wurde die Generaldebatte, die sich an den Titel „Minister“ anzuknüpfen pflegt, diesmal nicht durch eine Kulturkampfrede eines Herrn vom Zentrum eingeleitet. Das Zentrum mag wohl selbst zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es geschmacklos ist, nachdem die Regierung ihm auf fast allen Gebieten viel weiter entgegengekommen ist, als es das Staatsinteresse gestattet, immerfort über ungleiche Behandlung in Preußen zu klagen.

Die Generaldebatte gestaltete sich in der Hauptsache, wenn man von der Auseinandersetzung der Polen mit der Regierung absieht, zu einer Erörterung unseres Schulwesens. Der geschichtliche Zusammenhang zwischen Kirche und Schule darf nicht gelöst werden — das war der Grundgedanke, der in der Erörterung teils mehr, teils weniger scharf zum Ausdruck kam. Eigentlich bildete die Debatte nur ein Vorspiel zu den Beratungen, die sich an das im Herbst mit Bestimmtheit zu erwartende Volksschulgesetz anknüpfen werden und dessen Grundlinien in dem bekannten Kompromißantrage gegeben sind. Einer der Väter dieses Kompromisses, Freiherr v. Zedlitz (st.), brachte die reaktionären Forderungen auf dem Gebiete des Schulwesens zur Geltung, und der Minister Studt ließ keinen Zweifel darüber, daß er für jeden Rückschritt zu haben ist. Zähne hängt er an der geistlichen Oberschulaufsicht fest, und er duldet es nicht einmal, daß die Lehrer auf ihrer Zusammenkunft in Königsberg ihre gegenteiligen Ansichten dargelegt haben. In Preußen sollen die Lehrer nun einmal nicht Staatsbürger sein, die frei und offen ihre Anschauungen äußern, sondern Staatsbeamte, die das zu tun haben, was der jeweils herrschende Kurs von ihnen verlangt.

Nach Erledigung der Generaldebatte soll die Frage der akademischen Freiheit erörtert werden. Es dürfte hierbei — nach dem bereits erfolgten scharfen Zusammenstoß zwischen dem Abg. Dr. Friedberg (natl.) und dem Ministerialdirektor Althoff zu urteilen — zu heftigen Auseinandersetzungen kommen. Vorläufig aber soll die Generaldebatte noch fortgesetzt werden, und bis sie zu Ende ist, haben sich die erhitzten Gemüter vielleicht schon etwas beruhigt. Herr Althoff hat doch wirklich keine Ursache, über den national-liberalen Professor Friedberg, der ihm bei der Verabschiedung der lex Krona so wadere Dienste geleistet hat, als über einen Schützer der akademischen Freiheit herzufallen.

Wittwoch: Fortsetzung.

Deutsches Reich.

Das Zentrum richtet sich ein.

Der Abgeordnete Spahn hat am Sonntag in einer Zentrumsversammlung in Bochum über die Vergesek-Novelle gesprochen. Dabei hat er ausgeführt:

Die Novelle wird vom 1. Oktober ab eine 8^{1/2} stündige Schicht bringen, und diese Arbeitszeit wird vom 1. April 1907 und 1908 auf eine achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt herabgehen. Nun wird in der neuen Vorlage diese vorläufige 8^{1/2} stündige und dann achtstündige Schicht nicht gedacht als Vorkehrung für alle Gruben, sondern als sanitärer Arbeitstag, der Anwendung findet bei allen Gruben mit Temperatur bis zu 22 Grad Celsius. Bei Gruben mit mehr als 22 Grad Temperatur wird eine Einschränkung einsetzen können. Das Zentrum beabsichtigt, wie Abg. Spahn erklärte, bei 26 Grad die Arbeit auf 8 Stunden herabzusetzen. Die Verhältnisse in Oberschlesien händen der Einführung eines allgemeinen Maximal-Arbeitstages noch entgegen; dort besteht noch eine lange Arbeitszeit, bis zu 12 Stunden, und man müßte erst versuchen, dort auf 10 und 9 Stunden Arbeitszeit herabzugehen. Abg. Spahn meinte, es sei zweifelhaft, ob die Forderung der Vergarbeiter auf Anstellung von Grubenkontrollleuten, die in geheimer Wahl von den Belegschaften gewählt werden sollen, vom Minister Köster in die neue Vergesek-Novelle aufgenommen werde. Abg. Spahn nimmt an, daß nur erreicht wird, was in den staatlichen Gruben an der Saar der Fall ist. Dort werden Grubenkontrollleute angestellt und ausgewählt aus der älteren Belegschaft, und zwar durch den Staat. Diese Grubenkontrollleute an der Saar hätten sich verhältnismäßig schlecht bewährt, insofern als sie wenig Mißstände ermittelt und zur Anzeige gebracht haben.

In Oberschlesien sind es Zentrumsmleute, die als Vergewerksbesitzer die Arbeiter zu zwölfstündiger Arbeit zwingen, deshalb will das Zentrum von der Forderung eines allgemeinen Maximalarbeitstages nichts wissen. Von dem sogenannten sanitären Maximalarbeitsstage werden die ober-schlesischen katholischen Grubenherren nicht sehr betroffen werden, weil die ober-schlesischen Gruben noch nicht so tief und deshalb noch nicht so warm sind wie die westfälischen. Die Redensart, daß man erst versuchen müsse, in den ober-schlesischen Gruben auf 10 und 9 Stunden zu kommen, ist eben nur eine Redensart. Wäre es dem Zentrum ernst mit seinen Grunden, dann stände doch selbst von seinem Standpunkte der Einführung eines allgemeinen Maximalarbeitstages nichts entgegen, wenn für die ober-schlesischen Gruben eine etwas längere Uebergangsfrist festgesetzt würde.

So ist es auch mit den Grubenkontrollleuten. Wenn das Zentrum ernstlich will, daß Grubenkontrollleute auf Grund ordentlicher Wahlen der Vergarbeiter angestellt werden, so kann es das auch durchsetzen. Das Zentrum hat es heute in der Hand, eine ernstliche Arbeiterschutz-Gesekgebung zu erzwingen; das Zentrum will aber nicht.

Unterstützung der Vergarbeiter abgelehnt.

Stuttgart, 21. Februar. Der Bürgerausschuß hat die vom Gemeinderat bewilligten 5000 Mark zur Unterstützung der notleidenden Vergarbeiterchaft des Ruhrgebiets abgelehnt.

München, 21. Februar. Der Magistrat hat gemäß dem Beschlusse seines Verwaltungsausschusses den Antrag des sozialdemokratischen Magistratsrates Schmid, für die Arbeiterfamilien im Ruhrgebiet 15 000 Mark zu genehmigen, abgelehnt.

Wahlurnen und Wahlgeheimnis.

Als die früheren gesetzlichen Vorschriften zur Wahrung des Wahlgeheimnisses bei den Reichstagswahlen nicht mehr zur Erfüllung ihres Zweckes ausreichten, wurden sie durch die jetzt bestehenden Vorschriften (Kubertwahl, Hölzerraum etc.) ersetzt. Bekannt ist, wie die konserverativen Wahlmacher diese neuen Vorschriften zu verhindern suchten und im Reichstage teils die Regierung drängten, den mehrfach gefassten Beschlüssen des Reichstages zur Sicherung des Wahlgeheimnisses die Zustimmung zu verweigern. Am aber doch die neuen Vorschriften genommen sind und den alten Praktiken der Wahlterroristen ein Ende bereiten, wenden diese neue Schliche und Kniffe an, um das Wahlgeheimnis zu durchbrechen. Alle Wahlproteste, die bis jetzt der Wahlprüfungskommission vorlagen, befassten die Nichtannahme oder Umgehung der Vorschriften über die Hölzerräume, hauptsächlich aber die Verhinderung des Wahlgeheimnisses durch die Wahlurnen.

Die Kommission sieht wohl ein, daß die Vorschriften über die Wahlurnen zu allgemein gehalten sind, so daß die Wahlvorstände die verschiedensten Gefäße: Kasse, Schüsseln, Terrinen, Krüge, Kaffeglocken, Zigarrenstischen u. dgl. m. zu Wahlurnen für genügend erachten. Zweifellos erleichtern derartige „Wahlurnen“ die Möglichkeit einer Kontrolle der Wähler, sind also Hilfsmittel zur Durchbrechung des Wahlgeheimnisses. Allein die Kommission hat sich nicht veranlaßt gesehen, trotz der zahlreichen Protestbeschwerden betreffs dieser Angelegenheit, eine prinzipielle Entscheidung zu treffen, sondern will vielmehr diese dem Plenum allein zuschieben, das gelegentlich die Frage beraten soll und eventuell bündigere Vorschriften im Uebereinstimmung mit den Wahlurnen fordern könnte. Wenn darum bisher Wahlproteste behaupteten, mit Hilfe der Wahlurnen sei Kontrolle geübt worden, wie jeder oder einzelne Wähler gestimmt haben, hielt die Kommission nur die Fälle für erheblich, bei denen speziell nachgewiesen wurde, daß durch Führung einer Kontrollliste bei der Stimmenauszählung ausfindig zu machen gesucht wurde, wie die Wähler gestimmt hatten. Nur für Wahlbezirke mit wenigen Wählern ist in einzelnen Fällen die Vornahme der Kontrolle auch ohne Listenführung zugegeben worden, weil es möglich ist, daß der Wahlvorsteher sich merken kann, in welcher Reihenfolge die ihm bekannten Wähler die Stimmen abgegeben haben. Werden dann die Kuberts in der „Wahlurne“ reihenweise übereinander gelegt und nach der Umfassung der Urne der Reihe nach abgehoben und geöffnet, ist eine Erforschung, wie alle oder einzelne Wähler gestimmt haben, möglich. In den bezüglichen Fällen beschloß die Kommission Ratifizierung des ganzen Wahlaktes wegen Verstoßes gegen die gesetzlichen Vorschriften zur Geheimhaltung der Wahl.

Die Absicht, mittels der Wahlurne eine Kontrolle zur Durchbrechung des Wahlgeheimnisses vorzunehmen, ist nun unzweifelhaft an einem Fall zu erkennen, der sich bei der Wahl im zweiten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Königsberg, Labiau-Bezirk, abgespielt hat. Der Wahlprotest gegen diese Wahl besagt darüber folgendes:

„Im Wahllokal zu Rudfloranten war ein von Brettern zusammengefügter Kasten als Wahlurne aufgestellt. Der Kasten war nur so groß, daß in der Länge und Breite nur ein Umschlag Platz hatte. Oben im Deckel war ein schräger Schlitz so eingerichtet, daß immer ein Umschlag auf den andern fallen mußte. Der Auvertverteiler notierte der Reihe nach jeden Wähler. Bei der Auszählung wurde dann der Kasten umgedreht und das zuerst abgegebene Kubert geöffnet. Auf der vorher geführten Liste der Wähler wurde dann neben dem Namen der gewählte Kandidat beige geschrieben. Auf diese Weise wußte das Wahlkomitee, und wer es sonst wissen wollte, nach Beendigung der Wahl ganz genau, welchen Kandidaten jeder einzelne Wähler gewählt hatte. Auch hat der Wahlvorsteher sich vor der Wahl geäußert: „Diesmal, mit den Kuberts, wissen wir ganz genau, was jeder gewählt hat.“

Dieser Fall ist geradezu typisch für die Tatsache, daß die Wahlurnen als Hilfsmittel zur Durchbrechung des Wahlgeheimnisses verwendet werden. Selbst wenn man kein Zusammenwirken zwischen Wahlvorstand und Auvertverteiler annehmen will, muß man doch zugeben, daß erst die Beschaffenheit dieser „Wahlurne“ und die gehandhabte Auszählung der Stimmzettel die Kontrolle seitens des Auvertverteilers ermöglichte. Zwar gibt es Abgeordnete, die diese Art Kontrolle für erlaubt halten, wenn nicht erwiesen ist, daß der Listenführer eine zum Wahlvorstande gehörige Person ist, aber die große Mehrheit der Kommission erachtete die Kontrolle für unzulässig, wenn sie irgend einem im Wahllokal anwesenden Wähler durch derartige Vorgänge ermöglicht wird.

Wenn also im Plenum des Reichstages einmal die Frage über die Beschaffenheit der Wahlurnen behandelt wird, wird gerade an diesem Fall nachgewiesen werden können, daß antirende Wahlvorstände durch ihre Maßnahmen trotz der Kubertwahl das Wahlgeheimnis durchbrechen helfen, ohne daß man ihnen direkter Verstoß gegen das Gesek vorwerfen kann. Wohl aber machen sie durch Umgehung und eigenartige Auslegung und Handhabung der gesetzlichen Vorschriften das Wahlgeheimnis zu nichts, denn sie erweisen sich so als Helfershelfer der Parteien, denen die Durchbrechung des Wahlgeheimnisses zur Ausübung ihres Wahlterrorismus dienen soll.

So ausgeübt, würde die Kubertwahl das Wahlgeheimnis nicht nur nicht sichern, sondern noch gravioser durchbrechen, als die früheren nur mittels unverhüllten Stimmzettels ausgeübte Wahl. Das Plenum des Reichstages muß also unter allen Umständen auf Erweiterung der jetzigen betreffenden Vorschriften des Wahlreglements dringen, wenn der neue Mißbrauch bei den nächsten Wahlen nicht noch weiter um sich greifen soll. Am ungünstigsten ist dieser Mißbrauch bezeichnenderweise in den ostpreussischen Kreisen durch die Junker und Agrarier betrieben worden.

Gemeinderatswahlen in Strahburg.

Man schreibt uns: Die am 19. Februar stattgefundenen Nachwahl hat den am 12. Februar im ersten Wahlgang begonnenen Sieg in glänzender Weise vervollständigt. Die sozialdemokratische Partei hat ihre sechs Kandidaten durchgebracht, während ein liberaler ohne Gegenkandidat gewählt wurde, nachdem die sozialdemokratische Kandidatur zu seinen Gunsten zurückgezogen worden war. Der einzige Nicht-Sozialdemokrat gewählt von der Sozialdemokratie Gnaden!

Der Bestand der einzelnen Parteien auf dem Strahburger Rathaus stellt sich nunmehr folgendermaßen dar: Am 11. Februar bestand der Gemeinderat aus 11 Liberalen, 8 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 3 Merkmalen und 1 Mittelständler. Erledigt waren 10 Mandate, und zwar 5 sozialdemokratische, 3 liberale, 1 demokratische und 1 merkmal.

Nach dem jetzigen Wahlausfall zählt der Gemeinderat 16 Sozialdemokraten (1902: 13), 13 Liberale (14), 3 Demokraten (4), 3 Merkmal (4) und 1 Mittelständler (1). Der Sieg unserer Partei ist um so erfreulicher, als das Resultat bestimmter Bezirke einen Zweifel darüber nicht mehr aufkommen läßt, daß aus den allgemeinen Gemeinderatswahlen, die 1908 stattfinden werden, eine sozialdemokratische Mehrheit hervorgehen wird. Heute schon hat unsere Partei allein aus dem Grunde das tatsächliche Uebergewicht in vielen Fällen, weil die sozialdemokratischen Räte die Gemeinderats-Sitzungen fleißiger besuchen als die Vertreter nichtsozialistischer Parteien, wie die demokratische „Bürgerzeitung“ richtig bemerkt.

Der Wahlkampf ist in der letzten Woche namentlich in einem Bezirk mit großer Heftigkeit geführt worden, und von beiden Seiten wurden alle Kampfmittel erschöpft. Am Wahltage selbst herrschte eine gewaltige Aufregung, an die Wahlurne wurden sogar Kranke und Blinde geschleppt. In diesem Bezirk siegte auch die sozialdemokratische Liste mit 1906—1928 Stimmen über die gegnerische mit 1889—1905, so daß es hier tatsächlich auf eine einzige Stimme trotz der starken Wahlbeteiligung ankam. Immerhin gesteht auch die liberal-gouvernementale „Strahburger Post“ zu, daß von sozialdemokratischer Seite der Wahlkampf „in durchaus parlamentarischer Art“ geführt wurde.

Politisch ist diese Wahl deshalb so bedeutungsvoll, weil von jetzt ab die Sozialdemokratie in Strahburg das Feld behauptet. Jedenfalls wird der Versuch von bürgerlicher Seite erneuert werden, unter Absehung von den gegenseitigen Reibereien einen Bund der „Ordnungsparteien“ zu gründen. Diese Politik hat vor drei Jahren zwar schon ein köstliches Fiasko erlebt, aber auch die „jungliberale“ Taktik hat unsere Erfolge nicht hemmen können, und zwar umso weniger, als die Wähler der von der Parteileitung ausgegebenen Parole nur in geringer Zahl folgten.

Wilhelm der Große. In Gaudenz hatte sich, wie das Berliner Tageblatt berichtet, ein Komitee gebildet, um auf dem Marktplatz ein Denkmal für Kaiser Wilhelm I. zu errichten. Die Jury, der Geheimere Laurat Schwedten und die Akademikerprofessoren Herber, Scheurenberg und Jansen angehörten, hatte einstimmig den ersten Preis dem Bildhauer Günther-Gera in Berlin zugesprochen, dessen Entwurf auf dem Sockel eine Walfare darstellt und durch ein Porträtmedaillon des alten Kaisers

das Werk dessen Andenken weilt. Entscheidend war dafür wahrscheinlich die bis zum Ende gehende Abneigung weiter Kreise gegen die schablonenhafte Wiederholung des üblichen Denkmalstypus.

Jetzt ist ein von zwei Ministerien unterfertigtes Schreiben an den Regierungspräsidenten in Marienwerder gelangt, wonach der Kaiser die Ausführung dieses Entwurfs zu genehmigen sich nicht zu entschließen vermocht hat. Es heißt in dem Schreiben:

„Allerhöchsterseits (der Kaiser) sind der Ansicht, daß die Anbringung des kleinen Porträtreliefs Seiner Majestät des hochseligen Kaisers Wilhelm des Großen an dem verhältnismäßig großen Bildwerke der Abicht der Stadt Graudenz, der Erinnerung an den Feldenkaiser ein würdiges Denkmal zu widmen, nicht genügend Ausdruck zu geben vermag.“

Die Stadt Graudenz und ihre künstlerischen Beiräte sind nach Ansicht Wilhelms II. nicht inslande gewesen, ihre Abicht, Wilhelm I. zu ehren, gehörig zum Ausdruck zu bringen. Da aber Wilhelm II. für Denkmäler, welche seinen Ahnen errichtet werden sollen, die höchstentscheidende Instanz ist, so bleibt die Stadt Graudenz bewahrt, in einer ihr so bedeutsamen Angelegenheit ihr patriotisches Ziel zu erreichen. Die Stadt und ihre Künstler werden nimmer die Walläre in das Debailon und den alten Kaiser auf den Sockel setzen. Dann dürfen sie hoffen, daß die Abicht ihres Denkmalbaues genügend zum Ausdruck gelangt.

„Einnischung und Vermittlung“. Unter dieser Marke behandelt, wie telegraphiert wird, die „Kölnische Zeitung“ offiziell die Behauptungen, daß Deutschland und der deutsche Kaiser Rußland sowohl darin bestärken, den Krieg bis auf das äußerste durchzuführen als auch den Liberalen im Innern keine Zugeständnisse zu machen. Beides sei falsch. So wenig Deutschland an eine Friedensvermittlung denke, ebenso wenig könne es als seine Aufgabe es betrachten, die Kriegspartei in Rußland zu stärken oder Rußland im Innern eine liberale oder reaktionäre Politik zu empfehlen. Weder in dem diplomatischen Verkehr beider Reiche, noch in den sehr freundschaftlichen Beziehungen des deutschen Kaisers zum Kaiser von Rußland sei jemals der Versuch gemacht worden, in irgend welcher Weise die innere Politik Rußlands zu beeinflussen oder auch nur ihm freundschaftliche Ratschläge zu erteilen. Beides würde dem Grundsatze der unbedingten Neutralität und der Nicht-einnischung in die äußeren und in noch höherem Grade aber in die inneren Angelegenheiten eines befreundeten Staates nicht entsprechen.“

Die offizielle Note sagt mehr als ihre Urheber verantworten können. Die Nicht-einnischung in die äußeren Verhältnisse Rußlands, also jetzt in den asiatischen Krieg, muß nicht absoluter Grundsatze der deutschen Politik sein. So sehr wie diese Einnischung unter den gegenwärtigen Umständen wünschenswert, so würde eine Einnischung zwecks Friedensvermittlung prinzipiell den Grundsätzen entsprechen, die Rußland und Deutschland im Haager Übereinkommen festgesetzt haben.

Die Behauptung des Offizios von der Nicht-einnischung in die inneren Verhältnisse Rußlands ist durch den schändlichen Ruffendienst der preussischen Behörden der Lächerlichkeit überliefert.

Germanischer Wahn. Aus Thorn wird gemeldet: Die Ansiedlungs-Kommission hat ihren Gutsvorwärttern in bestimmter Form die Pflicht auferlegt, alle Bedürfnisse nur bei Deutschen zu decken. Die gleiche Weisung ist an die Ansiedler ergangen. Diejenigen Ansiedler, welche derselben nicht entsprechen, sollen die Entziehung aller staatlichen Vergünstigungen zu gewärtigen haben.

Der Germanisierungswahn eilt von Tollheit zu Tollheit. Moralische Strapazen sind, wie sich versteht, ausgeschlossen. Aber man sieht auch nicht, daß man die Polen zum Gegenhott zwingt, daß man gerade die deutschen Geschäftleute in vielen Orten schädigt, daß man die Polen stets enger aneinander schließt und zur Empörung gegen die Zwingherrschaft zwingt.

Großherzogtum Sachsen-Weimar. (Eig. Ber.) Das Verfammlungsrecht ist im weimarschen Landtage schon oft Gegenstand lebhafter Debatten gewesen. Doch immer ist es beim Alten geblieben. Jetzt hat der Abg. Vaudert folgende Interpellation an die Regierung gerichtet. Wenn auch vorauszusetzen ist, daß die Regierung alles befreit, so darf man doch aber auf die Beantwortung, die im Ministerium des Innern ausgearbeitet wird, etwas gespannt sein. Die Anfrage lautet:

Am 17. Februar 1902 beschloß der Landtag einstimmig, die Großherzogliche Staatsregierung möge baldmöglichst einen das Vereins- und Versammlungswesen regelnden Gesetzesentwurf vorlegen. Seitdem sind nun mehr denn drei Jahre vergangen, ohne daß die Großherzogliche Staatsregierung diesem einstimmig gefaßten Beschlusse des Landtages die Beachtung geschenkt hat, die man nach Lage der Verhältnisse hätte erwarten können.

Das Kapitel der „rechtswidrigen Beschränkung der Versammlungsfreiheit im Großherzogtum Sachsen“, nach den Feststellungen des Herrn Professor Dr. E. Abbe, ist innerhalb der letzten drei Jahre um eine Anzahl Fälle vermehrt worden, die sich nicht nur auf das Verbot von politischen, sondern auch rein gewerkschaftlichen Versammlungen erstrecken. — Sogar Bürgerversammlungen und Vergnüngen sind mit Begründungen verholten worden, die zu lautem Spott über derartige Rechtsverhältnisse Anlaß gaben, die nur in einem Lande möglich sind, in dem ein Mangel an politischen Rechtsgarantien vorhanden ist, oder die mißbräuchliche Anwendung der amtlichen Gewalt seitens der obersten Verwaltungsbehörde sanktioniert und gebildet wird. Da aber ein derartiger Zustand nicht dazu beiträgt, das Ansehen eines Staates zu heben, und der Landtag durch seinen einstimmigen Beschluß am 17. Februar 1902 dem Wunsch Ausdruck gegeben hat, der politischen Rechtsunsicherheit im Großherzogtum Sachsen ein Ende zu machen, frage ich die Großherzogliche Staatsregierung:

Wird diesem Landtage noch eine Vorlage zugehen, durch welche eine Regelung des Vereins- und Versammlungswesens herbeigeführt wird; die der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung entspricht und eines Kulturstaates würdig ist?

Südwestafrika.

Nach Meldung des Generalleutnants v. Trotha ist die zweite Kompagnie Feldregiments 1 nach Seitabis zur Aufklärung vorgegangen, woselbst am 18. Februar die Telegraphenleitung von einer Hottentottenbande angegriffen worden war. Nach ihrer Rückkehr soll am 21. Februar ein Detachement unter Hauptmann v. Wiesel, bestehend aus der 2. Kompagnie Feldregiments 1, 10. Kompagnie Feldregiments 2 und Halbatterie Stuhlmann von Gibeon den Sudup aufwärts marschieren, um Nordbambanierbanden, die östlich Matlahöhe festgesetzt worden sind, anzugreifen.

Das Marine-Expeditionskorps kehrt schon im Monat März aus Südwestafrika in die Heimat zurück und zwar in zwei Staffeln. Erste Staffel bestehend aus der dritten und vierten Kompagnie, zwei Drittel der Maschinenartillerie-Abteilung und der halben Sanitätskolonne zusammen 8 Offiziere, 4 Portepce-Unteroffiziere, 296 Mann. Am 5. März tritt die erste Staffel die Heimreise von Swakopmund an. Die zweite Staffel, bestehend aus dem Stabe, 1. und 2. Kompagnie, Rest der Maschinen-Kompagnie, die Hälfte der Sanitätskolonne in Stärke von 10 Offizieren, 5 Portepce-Unteroffizieren und 176 Mann. Die zweite Staffel wird am 20. März die Heimreise von Swakopmund antreten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 21. Februar. Der Abgeordnete Julius Just (Kossuth-Partei) wurde als Kandidat der vereinigten Opposition gegenüber Bela Tassian (liberale Partei) mit einer Majorität von 62 Stimmen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. Zu Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses wurden Franz Solgar (Radikale) und Stefan Rakovszky (Volkspartei) gewählt.

Frankreich.

Paris, 21. Februar. Aus Rom wird berichtet, der Papst sei von der Ansicht, daß die Trennung der Kirche vom Staate den Katholizismus in Frankreich härten werde, abgekommen. Er wünsche im Gegenteil, daß die konservativen Mitglieder der französischen Kammer alles aufbieten, damit die Erledigung der Vorlage über die Trennung der Kirche vom Staate erst nach den allgemeinen Wahlen zur Kammer im Jahre 1906 erfolgen könne. Dieser Ausschub sollte dazu benutzt werden, in der Bevölkerung gegen die Vorlage Stimmung zu machen.

Paris, 21. Februar. Der heute im Elysee abgehaltene Ministerrat beschloß, in der Deputiertenkammer zu beantragen, daß das Militärgesetz gleich nach der Erledigung des Budgets zur Beratung gelange. Die Regierung ist der Ansicht, daß es im Interesse des prompten Inkrafttretens des Gesetzes liege, daß die Kammer die vom Senat angenommene Fassung genehmige.

Deputiertenkammer. Die Beratung des Marinebudgets wird fortgesetzt. Berichterstatter Vos erklärt, hinsichtlich des Baues und der Ausrüstung der Schiffe habe Deutschland unter Aufwendung der gleichen Kosten und in demselben Zeitraum bessere Resultate erzielt als Frankreich. Der Munitionsvorrat der französischen Marine sei ungenügend und würde zum Beispiel beim Mittelmeer-Geschwader in zwei Stunden aufgebraucht sein. (Wohlbefundene Bewegung.) Auch die Kohlenvorräte seien ungenügend. (Unruhe.) Vos rügt die Verzögerung im Bau neuer Schiffe. Die Heereskommission der Kammer beschloß den schon vom Senat angenommenen Militärgesetz-Entwurf en bloc zu genehmigen.

Vienaine greift den früheren Marineminister Pelletan heftig an, welcher die Angelegenheit in der Marine eingeführt, die Dienstordnung und die Gesetzgebung, Admirale geopfert, Disziplinslosigkeit in der Marine und das Politstreben unter den Offizieren eingeführt habe (Bewegung). Er hoffe, daß der jetzige Minister Thomson die begangenen Fehler wieder gut machen werde. Seinen Abschied habe er, Redner, genommen, weil er bei der Niederlage Frankreichs eine hervorragende Rolle nicht spielen wollte und er hoffe, daß Thomson den Opfern seines Vorgängers Genugtuung werde zu teil werden lassen. (Beifall rechts.) Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Belgien.

Der Ausstand der Bergarbeiter.

Brüssel, 21. Februar. (W. T. V.) Der Ausstand der Bergarbeiter in den Becken von Charleroi, Mons und La Louviere dauert fort und hat sogar eine geringe Verschärfung erfahren. Es dürften noch gegen 70 000 Arbeiter feiern. Die Erregung über den voraussichtlichen Mißerfolg des Ausstandes macht sich in vermehrten Angriffen auf Arbeitswillige Luft; die Gendarmerie vermochte jedoch überall die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Kohlenvorräte sind erschöpft und die Industrie ist bereits auf Lieferungen aus Deutschland und Frankreich angewiesen. Eine in Charleroi abgehaltene Bergarbeiterversammlung beschloß, den Arbeitsminister nochmals um seine Vermittlung in der Lohnfrage anzugehen und ihn zu ersuchen, die verlangten Reformen in einer Gesetzesvorlage zu berücksichtigen. Der gestern in Charleroi verammelte Landesauschuss der Bergleute, der sich mit der Ausstandsfrage befaßt hatte, beschloß, seine Entscheidung bis zum kommenden Sonntag zu vertagen. Man erwartet bis dahin ein merkliches Nachlassen des Ausstandes.

Mons, 21. Februar. (W. T. V.) Auf fast allen Gruben des Vorkinnes ist heute plötzlich in beträchtlichem Umfang die Arbeit wieder aufgenommen worden; in vielen Gruben sind die Belegschaften beinahe vollständig wieder eingefahren. Man glaubt, der Ausstand in der Vorkinnes morgen als beendet anzusehen sein, und man erwartet, daß auch in den Kohlenbecken von Charleroi und La Louviere das hiermit gegebene Beispiel Nachahmung finden werde, sobald die Nachricht dorthin gedrungen sei. In zwei Orten des Vorkinnes erfolgten in der Nacht Explosionen, durch die einiger Sachschaden angerichtet wurde. In Charleroi ist die Zahl der Ausständigen heute etwa 1050, was eine Abnahme gegen gestern um etwa 1000 Bergleute bedeutet. Es herrscht überall Ruhe.

Italien.

Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Die Minister Tedesco und Luzzatti haben heute der Deputiertenkammer den Gesetzesentwurf betreffend Betrieb der Eisenbahnen durch den Staat zugehen lassen. Der Gesetzesentwurf geht dahin, daß der Staat den Betrieb der Linien des Mittelmeer-, des Adriatischen und des Sizilischen Netzes übernimmt, ausgenommen den Betrieb der Linien, für welche die Gesellschaft der Meridionalbahnen die Konzession erhalten hat. Das vom Staate zu betreibende Eisenbahnnetz umfaßt Linien von insgesamt 10 560 Kilometer Länge, das Meridionalbahnnetz 2050 Kilometer. Die Verwaltung des Staatsbahnnetzes wird selbstständig sein und ein besonderes Budget erhalten. Für die Ablösung der Mittelmeergeellschaft, der Adriatischen und der Sizilischen Eisenbahngesellschaft ist ungefähr eine halbe Milliarde Lire vorgesehen; ferner wird angenommen, daß der Staat innerhalb zehn Jahren eine weitere halbe Milliarde für die Instandhaltung des eigenen Netzes und für Betriebsmittel aufwenden werde. Diese erhebliche Ausgabe im Betrage von über einer Milliarde soll aufgebracht werden, ohne auf die Ausgabe einer Anleihe zurückzugreifen, wie es bereits Minister Luzzatti in seinem Finanzgesetz vom 8. Dezember angekündigt hat. Der Gesetzesentwurf soll auch die wirtschaftliche Lage des Eisenbahnpersonals verbessern, und schafft zu ihren Gunsten: 1. wählbare Spezialärzte und einen Generalrat des Personals, 2. ein obligatorisches Schiedsgericht, gebildet zu gleichen Teilen von Vertretern der Verwaltung des staatlichen Netzes und des Personals, ferner einen Staatsrat als Präsidenten, einen Rat des Kassationshofes und einen Rat des Rechnungshofes, die frei von den betreffenden hohen Körperschaften gewählt werden; endlich sind besondere Bestimmungen für das Personal getroffen, um den regulären Dienst fortlaufend zu sichern.

Ein Privattelegramm aus Rom meldet uns: Der „Abanti“ sagt, indem er das Eisenbahngesetz kommentiert, der Versuch, den Eisenbahnern die Waffe des Streiks zu entwinden, beruht auf einer Selbsttäuschung der Regierung. Das Zentralorgan selbst erklärt, es halte sich nicht für berufen, den Eisenbahnern einen Rat für ihr Verhalten zu erteilen. Ihre kraftvolle Organisation solle aus eigener Machtvollkommenheit entscheiden, ob das Gesetz annehmbar sei oder nicht.

Wie der Entscheid ausfallen wird, läßt sich unmöglich voraussehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Generalstreik eintritt. Die Kommission der Eisenbahner ist für Freitag einberufen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Nach einer „Laffan“-Meldung soll am Sonntag unter dem Vorsitz des Zaren ein Kriegsrat stattgefunden haben, in dem beschlossen wurde, die Generale Kuropatkin und Wilderling zurückzurufen, und zwar Kuropatkin aus Gesundheitsrücksichten. Sein Nachfolger würde General Grodekow werden. Roschdjestwensky werde den Oberbefehl über die russischen Seestreitkräfte erhalten.

Einsweilen befinden sich die Seestreitkräfte nicht in Ostasien, sondern erst bei Madagaskar, wo sie auch noch geraume

Zeit bleiben werden. Das dritte russische Geschwader hat allerdings Zittand bereits umschifft. Dem offiziellen Bericht nach besteht es aus 5 Panzerschiffen, 1 Hilfskreuzer, 3 Transportschiffen und 1 Schleppdampfer. Da es aber aus alten ziemlich wertlosen Schiffen besteht, wird es für die Flotte Roschdjestwensky recht unwesentliche Verstärkung bedeuten. Ob Roschdjestwensky nach seiner Vereinigung mit diesem dritten Geschwader zur Offensive übergehen wird, ist noch sehr die Frage.

Anlagen gegen Stössel.

Paris, 21. Februar. Aus Petersburg wird gemeldet: Ein Abgesandter des Generals Smirnow ist in Petersburg eingetroffen; derselbe überbringt dem Zaren ein Schreiben des Generals, welcher heftige Anlagen gegen Stössel erhebt. General Smirnow berichtet darin, Port Arthur hätte gut noch einen Monat, vielleicht sogar sechs Wochen aushalten können und den Japanern noch große Verluste verursacht, ferner daß der Kriegsrat einstimmig beschlossen hatte, den Widerstand fortzusetzen, daß aber Stössel durch den Tod des Generals Kondratenko einen allzu ernsten Verlust erlitten hatte und infolgedessen die Uebergabe der Festung verfügte.

Wissstimmung der Mandschuri-Armee.

London, 21. Februar. Aus Petersburg wird berichtet, daß aus der Mandschuri eingetroffene Meldungen besagen, die jüngsten Niederlagen der russischen Truppen sowie die zwischen den Führern der russischen Armee bestehenden Meinungsverschiedenheiten hätten auf die Mannschaften einen deprimierenden Eindruck gemacht. Es verlautete, daß auch General Viniewitsch dem Beispiele Gripenbergs folgen und nach Rußland zurückkehren wird. Viniewitsch wird Mangel an Initiative vorgeworfen.

Russischer Schwindel.

London, 21. Februar. (Bureau Laffan.) In Tokio herrscht, wie die „Times“ melden, tiefe Empörung über einen Trick der Russen, die nach Aussagen chinesischer Augenzeugen am 4. d. Mts. 126 verwundete Japaner mit Stricken aneinander gebunden wie Verbrecher durch die Straßen von Raden führten und dabei Nachrichten von einem Siege der Russen verläuteten.

Die japanischen Verluste bei Heikoutai.

London, 21. Februar. (Bureau Laffan.) Nach japanischen amtlichen Berichten wurden in der Schlacht bei Heikoutai auf japanischer Seite 842 Mann getötet, darunter 83 Offiziere, und 814 Mann verwundet, darunter 271 Offiziere. 526 Mann werden vermist.

Aus der Frauenbewegung.

Brit. Donnerstag, den 28. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Weniger, Berberstr. 27, die Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins von Britz statt. In derselben wird der Genosse Richard Stramm einen Vortrag halten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht. Gäste willkommen.

Köpenick. Mittwoch, den 22. d. Mts., findet im Lokale von Helling Mitgliederversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins statt. Vortrag der Genossin Frau Tich über: „Wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten in der Arbeiterinnenbewegung“. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wegen des Vortrages. Frauen und Männer haben als Gäste Zutritt. Der Vorstand.

Pandow. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein veranstaltete am 14. d. M. die erste Abendunterhaltung, welche bei den 350 Teilnehmern den besten Anklang gefunden hat. Die Theatergesellschaft Stegelewitz und der Gesangsverein Flora gaben heitere und ernste Lieder und Vorträge zum besten. Besonderen Beifall fand ein Gedicht „Der Bergmann“, das von Genossin Stegelewitz meisterhaft vorgetragen wurde.

Da der Ertrag des Festes für die Bergarbeiter im Ruhrrevier bestimmt war, verzichteten alle Mitwirkenden auf jegliche Entschädigung und es kann somit die Gesamteinnahme von circa 195 M. den Bergleuten zur Unterstützung überwiesen werden.

Soziales.

Chikaner Gebrauch des Rechts aus dem Kündigungsausschluß.

Um diesen famosen neuen Rechtsbegriff hat uns das Gewerbegericht unseres Nachbarortes Kummelsburg berichtet. Der dortige Herr Richter hat die schriftliche Ausfertigung eines Urteils dieses Gerichts, die Kopfschütteln erregt. Der Richter Werner, welcher vom Justizrat Wagner unter Kündigungsausschluß engagiert war, legte eines Vormittags die Arbeit nieder. Da ihm der verdiente Lohn in Höhe von 14 M. nicht ausgezahlt wurde, so machte er durch Klage bei dem zuständigen Gewerbegericht zu Kummelsburg die Forderung geltend. Der Beklagte Wagner erhob eine Gegenforderung von 10,50 M., die er auf den an sich nicht befriedigten Lohn angerechnet wünschte. Er betonte, Kläger habe am 28. Januar vormittags die Arbeit so plötzlich niedergelegt, daß er für diesen Tag keinen anderen Aufscher als Ersatz habe bekommen können. Das vom Kläger bis dahin gefahrte Fuhrwerk habe deshalb am 28. Januar keine Fuhre leisten können, wodurch ihm, dem Beklagten, ein Schaden von 10,50 M. entstanden sei. — Nachdem dem Stallmann Richter hierüber als Zeuge vernommen worden war, verurteilte das Gewerbegericht zu Vorklagen-Kummelsburg, unter Vorbehalt des Affektors Köhler den Beklagten, an den Kläger nur 3,50 M. zu zahlen, und wies den Kläger mit seiner Mehrforderung ab. d. h. die Schadenersatzforderung des Beklagten wurde anerkannt und gegen den Lohn in Höhe von 10,50 M. aufgerechnet.

In den Gründen wird ausgeführt: „Obgleich also die Kündigung von den Parteien ausgeschlossen worden ist, macht der Beklagte eine Schadenersatzforderung aufrechnungsweise geltend, mit der Begründung, ihm sei infolge der plötzlichen Arbeitsniederlegung durch den Kläger ein Gewinn von 10,50 M. entgangen. Das Gericht ist zu der Ansicht gekommen, daß diese Gegenforderung des Beklagten, deren Höhe durch das eidle Zeugnis des Stallmanns feststehe, berechtigt ist. Denn auch wenn die Parteien die Kündigung ausgeschlossen haben, besteht ebensowenig das Recht des Arbeitnehmers, die Arbeit sofort niederzulegen, wie das Recht des Arbeitgebers, den Arbeiter sofort zu entlassen, es müßte denn sein, daß ein außerordentlicher Kündigungsgrund gegeben ist, was hier nicht vorliegt. Treu und Glauben erfordert, daß von dem aus dem Kündigungsausschluß entspringenden Rechte kein chikaner Gebrauch gemacht wird, daß beide Parteien auch bei Kündigungsausschluß soviel Zeit gelassen wird, sich nach einem Ersatz umsehen zu können. Verträge sind nach § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches so auszulegen, daß jedem arglistigen und gewissenlosen Ausbenten der Umstände entgegengetreten wird. Die Stellung des Aufsehers ist eine Vertrauensstellung; es ist dem Beklagten zu glauben, daß es ihm unmöglich gewesen ist, sogleich nach der Arbeitsniederlegung des Klägers einen zuverlässigen Aufscher als Ersatz zu finden. Nach dem Gesagten mußte die Aufrechnung der Forderung des Klägers in Höhe von 10,50 M. erfolgen.“

Vesremend ist zunächst an dem Urteil, daß man eine Aufrechnung gegen verdienten Lohn für zulässig hielt. Sie ist, wie im Berlin schon hundert von Malen ausgesprochen, unzulässig, da verdienter Lohn nicht pfändbar ist und § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausdrücklich die Aufrechnung gegen Forderungen, soweit sie der Pfändung nicht unterworfen sind, ausschließt. Dann aber muß den moralisierenden Ausführungen des Urteils durchaus widersprochen

Reichstag.

144. Sitzung vom Dienstag, den 21. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Abstimmung über den Toleranzantrag des Zentrums. In der Sonnabend-Sitzung hatte sich bei der Abstimmung über den Antrag, ihn an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen, die Beschlußfähigkeit des Hauses ergeben. Heute wird er in namentlicher Abstimmung mit 151 gegen 113 Stimmen bei einer Stimmenthaltung an eine Kommission verwiesen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des von den Abgg. Auer (Soz.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern.

Verbunden mit der Beratung dieses Gesetzentwurfes wird die Beratung eines Antrages der Abgg. v. Czernowski (Pol.) und Genossen betreffend Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes und eines Antrages der Abgg. Dr. Paasche (natl.) und Genossen auf Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, das die Obliegenheiten und Befugnisse der jetzigen Kommission für Arbeiterstatistik haben soll.

Abg. Thiele (Soz.):

Die erste in der Richtung unseres heutigen Antrages liegende Anregung in diesem Hause geht bis auf das Jahr 1869 zurück. Weiterhin wurde im Jahre 1877 ein Antrag von uns gestellt, Arbeiterkammern einzurichten, die Anträge an die Behörden stellen könnten. 28 Jahre sind seitdem verstrichen, man hat wohl Geld gehabt, um es in die Kolonien zu stecken, aber nicht für diesen Zweck. Im Jahre 1885 wurde dann heutiger Gesetzentwurf eingebracht; aber wiederum geschah nichts darauf. 1895, 1898, 1900 wiederholten wir unseren Antrag ohne Erfolg. Während wir mit unseren übrigen Anträgen ganz allein dastanden, geht jetzt ein nationalliberaler und ein polnischer Antrag in derselben Richtung vor. Noch vor fünf Jahren fand unser Antrag weder in der Kommission, noch in Plenum eine Mehrheit; die Mehrheit der Kommission erklärte, daß unser Antrag abzulehnen sei, weil er nichts weniger bezwecke als die Ueberweisung der gesamten gewerblichen Aufsicht der Einzelstaaten an eine neue Behörde. Diese Erklärung konnte abgegeben werden zehn Jahre nach den berühmten Februarerlassen Kaiser Wilhelms II.

Die wichtigste Forderung der Behörde mit den Arbeitern ist, hat der große Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier längst wieder zwingend nachgewiesen. Der fürchtbare Kampf hätte sich vielleicht vermeiden lassen, wenn die Regierung rechtzeitig sich mit den Arbeitern in Verbindung gesetzt hätte. Schon 1898 hat auch das Zentrum einen Antrag auf Errichtung von Arbeitskammern eingebracht, aber nie etwas dafür getan, um ihn mit seiner ausschlaggebenden Macht zur Durchführung zu bringen. (Widerpruch im Zentrum.) Wir kennen ja die alte Falschheit Ihrer Partei, die den Arbeitern immer nur den Schein sozialer Fürsorge gibt. 1899 haben wir drei volle Tage auf die Beratung dieser Anträge verwandt, der Freiherr v. Stumm sprach damals die Anschauung aus, die innerlich die ganze Rechte begl. daß die Arbeitskammern den Uebermut der sozialdemokratischen Agitatoren ins ungemessene steigern würde. Seit jener Verhandlung ist die Frage der Arbeitervertretung keinen Schritt vorwärts gekommen. Zwar haben Herr v. Verlepsch und Fürst Hohenzollern ausdrücklich anerkannt, daß mit der Arbeitervertretung in den kaiserlichen Erlassen nicht die famosen Arbeiterausschüsse, sondern Arbeiterkammern gemeint seien, aber noch immer erklärte die Regierung, daß die Zeit für deren Errichtung noch nicht gekommen sei, und vor allem verhindert werden müsse, daß die Arbeiter Mißbrauch mit diesen Einrichtungen trieben. So nennt man es nämlich immer, wenn die Arbeiter von ihrem Rechte Gebrauch machen. Graf Vosadowich meinte bei einer anderen Gelegenheit, ein grundlegender Schritt zu Arbeitervertretungen im Sinne der Februarerlasse sei durch die Erteilung der Befugnisse an die Gewerbegerichte gegeben, Gutachten abzugeben und Anträge an die Behörden zu stellen. Bei der Forderung eines Reichs-Arbeitsamtes, so führte er weiter aus, könne es sich nur darum handeln, das Arbeitsstatistische Amt beim Reichsamt des Innern zu einer selbständigen Abteilung auszugestalten, wie etwa die biologische Abteilung. Ob und wann das geschehen würde, sei eine reine Verwaltungsfrage. Allerdings wollen wir eine biologische Abteilung, aber eine, die die Gesundheit und das Leben des Arbeiters schützt. Wir glauben, daß es dem Werte eines so wichtigen Amtes nicht entspricht, es mit einer Unterabteilung in einem anderen Reichsamt abzufinden. Glauben Sie nicht die ungeheure Kraft der Arbeiterbewegung ignorieren oder auf einen harmlosen Beitrag bei den Gewerbegerichten beschränken zu können. Als eine Abordnung des antisozialdemokratischen Arbeiterkongresses zu Frankfurt dem Reichsamt die Forderung eines Reichs-Arbeitsamtes vortrug, stellte er für die allernächste Zeit ernste Erwägung in Aussicht. Weiter ist er seit 1 1/2 Jahren nicht mehr gekommen. Dabei ist unter unseren Forderungen nicht eine einzige, deren Notwendigkeit nicht längst allgemein anerkannt wäre, oder deren sofortige Erfüllbarkeit besprochen werden könnte. Wir fordern die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, das seinen Sitz in Berlin haben soll. Geleitet soll es vom Reichs-Arbeitsrat werden. Zu seinen Aufgaben soll gehören: der Erlass von Vorschriften zum Schutze der Gesundheit und Leben der in gewerblichen Betrieben aller Art Beschäftigten Personen; der Erlass von Vorschriften über die Arbeitsämter; die Anordnung und Oberleitung von Erhebungen über die Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der gewerblichen Arbeiter; die Herausgabe von Berichten über diese Ermittlung; die Zusammenstellung der Jahresberichte der Arbeitsämter; Veröffentlichungen über die Arbeitslöhne; Arbeitsvermittlung usw. Wesentlich sind die Befugnisse der Arbeitsämter und Arbeitskammern geordnet. Daß wir schließlich noch Einigungsämter zur Beilegung von Streits vorschlagen, ist selbstverständlich. Es ist eine laufende Pöde unserer Gesetzgebung, daß wir noch keine gesetzliche Vermittlungsinstitution für Arbeiter und Unternehmer haben.

Wenn trotz der Beschränkung auf diese minimalen Forderungen die Regierung unseren Entwurf für unannehmbar erklärt, so kann der Grund dazu nur der sein, daß durch ihn die vollständige Rechtlosigkeit der Zweiter im wirtschaftlichen Leben beseitigt würde. Ich muß noch mit einem Wort eingehen auf die in allen Blättern erörterte Streitfrage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern einzurichten sind. Wir treten für Arbeitskammern mit paritätischer Besetzung durch Arbeiter und Unternehmer ein, weil wir fürchten, daß die Beschlüsse reiner Arbeiterkammern von vornherein der Nichtachtung der Regierung ausgesetzt wären. Während wir seit vollen zwanzig Jahren die Forderung der Arbeitskammern stellen, haben nichts erreicht haben, hat uns andere Länder weit vorausgeschritten. Im Kongreß der Vereinigten Staaten ist ein Gesetz angenommen worden, nach dem in jedem Bundesstaat ein Arbeitsamt errichtet werden kann. Es gibt schon jetzt nicht weniger als 34 Arbeitsämter in den Vereinigten Staaten. Ich gehöre nicht zu denen, welche die Tätigkeit dieser Behörden als misgerichtlich hinstellen. Aber es ist doch ein Vorteil, daß die Arbeiter in diesen überhaupt gesetzliche Vertretungen haben. Auch in England bestehen seit zwanzig Jahren solche Arbeitsämter, von denen dasselbe wie von den amerikanischen gilt. In Frankreich hat man 1891 einen Anfang mit ähnlichen Einrichtungen gemacht. Auch das kleine Belgien hat seit 1867 Arbeitsämter, seit 1893 einen Arbeitsrat. Die Schweiz, die in manchen sozialen Fragen nur schwer vorwärts schreitet, hat seit 1888 ein arbeitsstatistisches Amt, welches ebenfalls nicht nur Erhebungen macht. Wenn alle diese Staaten dazu gelangt sind, den Arbeitern in der einen oder anderen Weise eine Vertretung zu

geben, warum tut das dem Deutschland allein nicht? Es ist nachgerade ein Skandal, wenn Deutschland, dieses Großindustrieland, ohne Arbeitervertretung bleibt. Wir haben ja allerdings seit 1892 die Kommission für Arbeiterstatistik; niemand wird leugnen, daß durch diese außerordentlich wertvolles Material bekannt gemacht wird. Wir haben auch seit 20 Jahren die Gewerbe-Inspektoren, welche Veröffentlichungen über Arbeiterverhältnisse herausgeben. Wir haben dann noch die Berufs- und Gewerbeprüfung, die bis jetzt zweimal vorgenommen ist, dann die Statistik der Alters- und Invaliditätsversicherung. Aber wir haben nichts Ganzes, nichts Systematisches, nichts Eingehendes. Was zum Beispiel die graphische Statistik anlangt, so wird niemand abkugeln, daß sie Mustergeräthiges leistet. Aber sie behandelt doch nur einen Teil und nicht einmal den wesentlichsten Teil der Arbeiterfrage. Nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern auch alle fortgeschrittenen Sozialpolitiker sind einig in der Forderung der Arbeitsämter. Zum Beispiel verlangt Drehdorff solche, und zwar betont er, daß sie unabhängig von den Einzelstaaten sein sollen. Auch Prof. v. Schönberg hat schon 1871 diese Forderung gestellt. Sie alle weisen den Reichs-Arbeitsämtern dieselben Aufgaben zu, wie wir in unserem Antrage. Das ist auch ganz natürlich. Wer einmal die Notwendigkeit eines Reichs-Arbeitsamtes eingesehen hat und es ernst meint mit seinen Aufgaben, der muß seine Wirksamkeit in genau derselben Weise regeln, wie wir es tun. Ein Teil dieser bürgerlichen Sozialpolitiker erwartet von der Zulassung dieser Arbeitervertretungen sogar einen lähmenden Einfluß auf die Sozialdemokratie. Den fürchten wir nicht, aber wir würden ihn gern auf uns nehmen, wenn wir dadurch die Lage der Arbeiter verbessern können. Im Gerippe bringt auch der polnische Antrag dasselbe wie der unsrige. Die Regierung kann sich also nicht darauf berufen, daß unser Antrag im Reichstage nicht genügende Unterstützung findet; Zentrum, Nationalliberale und Polen haben Anträge mit gleicher Tendenz gestellt.

Wir haben Landwirtschaftskammern, Gewerbelammern, Handwerkerkammern, Handelskammern, warum weigert sich die Regierung, Arbeitskammern einzurichten? Die Fische im Wasser, das Wild im Walde hat seine Schonzeit, und wer diese durchbricht, wird härter bestraft, als wer die Fesseln zur Schonung der Menschen durchbricht. Der Raubbau am Menschen hat fast noch keine Einschränkung erfahren. Das muß die Arbeiter ungeheuer erbittern. Millionen Menschen leben mit uns in einem Staat und atmen dieselbe Luft, und wir wissen nicht, wie es ihnen ergeht. Die Regierung ist ganz befreudet, wenn wir ihr etwas aus dem Arbeiterleben mitteilen. Ueber Kalt- und Wundblutgüsse bei Pferden wissen die Herren der Rechen uns länger und eingehender zu unterhalten, als wir über die Lage der Arbeiter unterrichtet sind. Dem kann nur durch eine gesetzliche Organisation der Arbeiter abgeholfen werden. — Kann man bescheidener sein, als unser Antrag es ist? Die Regierung hat maßgebenden Einfluß auf die Besetzung der Ämter in den Arbeitskammern. Die ganze vorgeschlagene Organisation hat keinerlei bestimmende Gewalt über die Besetzung. Schon vor sechs Jahren konnte Bebel im Reichstage un widersprochen erklären, daß sich für den rücksichtlosen Standpunkt der Kardorff und Stumm im Hause keine Mehrheit mehr fände. Nur die Regierung ist so rücksichtslos geblieben. Der kleine, engherzige und selbstsüchtige Geist, der sich in anderen Interessengruppen findet, würde in den Arbeitskammern seinen Platz haben. Erst in diesen Tagen haben wir erfahren, daß die Berliner Bäckerinnungen „Germania“ und „Konfordia“ sich zu verschmelzen gedenken. Etwa zur Verbesserung der Produktionsweise? Nein, sondern um die Bäckergehältern noch besser unter die Krante der Reicher bringen zu können. Schon aus Geschäftsliebe sollte die Regierung einmal „changer à gauche“ machen. Auf die Dauer wird es doch langweilig, immer nach der agrarischen Pfeife zu tanzen. (Heiterkeit.) Einmal wird die Regierung doch Arbeitervertreter besorgen müssen. Je mehr sie sich drängen läßt, je mehr sie sich jedes Zugeständnis abtrotzen läßt, umso mehr begibt sie sich der Achtung auf die Anerkennung der Arbeiter. Unter Umständen könnten selbst zu einer bürgerlichen Regierung die Arbeiter Vertrauen haben, wenn diese es ernst mit ihnen meint, es würde der Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Auffassung zwar nicht beseitigt werden, aber die Arbeiter würden sich sagen, die Regierung kann es zwar nicht ganz gut lassen, sie bläst es aber einigermaßen! (Heiterkeit.) Aber heute kann davon gar nicht die Rede sein. Heute gilt in vollem Umfange das, was neulich mein Kollege Fischer über die Regierung gesagt hat. Die Regierung ist fast nur den Arbeitern gegenüber, gegen das Kapital, namentlich das ländliche, ist sie schwach. Der Reichsamtler Graf Bälou gratulierte vor kurzem den Herren Landwirten zu ihrer Ernte. Ja, die Herren haben immer mal eine Ernte! Aber jener Glückwunsch kam gerade an demselben Tage, an dem 200 000 Arbeiter im Ausruhegebiet auch eine Art Ernte hatten, an dem sie zu Kreuze kriechen mußten, obgleich alles Recht auf ihrer Seite war. Glaubt man etwa, der deutsche Arbeiter sei noch nicht reif dafür? Sehen Sie irgend eine Berufsklasse denjenigen Verhältnissen, derjenigen Situation aus, wie die Bergarbeiter im Ruhrrevier, und sie werden sehen, daß keine einzige dem gewachsen wäre. Und was leisten die Arbeiter in ihrer eigenen gemeinschaftlichen Organisation unter den schwierigsten Verhältnissen! Sie haben selbst eine Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt, vor der sich sogar die Regierung mit ihrem großen Beamtenapparat fürchtete. Nein, die Unreife ist auf Seiten der Regierung und auf Seiten derjenigen Parteien, welche dem Fortschritt noch immer nicht die Waffe öffnen wollen. Jede einzelne Forderung unseres Antrages kann sofort erfüllt werden. Trotzdem stehen wir unter dem Eindrucke, daß alles umsonst sein wird, daß die Regierung wiederum nichts tun wird. Aber die Regierung soll nur so fortfahren, so wird sie den Arbeiter immer mehr an den Gedanken gewöhnen, daß er alles nur durch sich selbst erreichen kann. Aber dann ist die Regierung allein die Heberin. Der Staatssekretär Graf Vosadowich beklagte sich über den sozialdemokratischen Staat im Staate. Aber bis jetzt macht ihm nur ein anderer Staat im Staate Kopfzerbrechen, derjenige nämlich, dessen Vertreter neulich einen Minister herunterpuckte, wie kein Direktor seinen Bureauchef herunterpucken würde; von dem ein Angehöriger erklärte: der Minister löste ihm „sonst was“. (Heiterkeit.) Kollege Trimborn hat von zwei sozialpolitischen Kesseln gesprochen. Ich fürchte, es werden zwei Pfannen sein, von denen die eine madig ist und die andere ein Loch hat. (Heiterkeit.) 15 Jahre nachdem der Kaiser seinen Arbeitern eine Selbstvertretung versprochen hat, ist noch nichts geschehen. Hat sich etwa seitdem etwas gemildert? Hat die Arbeitslosigkeit abgenommen? Haben die Bedingungen des Wirtschaftslebens aufgehört? Kurz, haben sich die Verhältnisse so weit verbessert, daß man nichts mehr zu tun braucht? Sie haben neulich hier erfahren, daß die Vergleichte durchschnittlich sechs Jahre weniger leben. Den Vergleuten werden also sechs Jahre ihres Lebens gestohlen, gestohlen, um den Profit zu vergrößern! Wenn die Herren von der Regierung wüßten, welchen Eindruck es auf die Arbeiter macht, wenn man den Spitzhaken in fast ganz Deutschland die Freiheit läßt, um die Polizisten nach dem Ruhrrevier zu schicken, nicht um die ehrlosen Streikbrecher zu beaufsichtigen, nein, um ehrliche Arbeiter, die sich nichts zu schulden kommen lassen, einzuschüchtern. Wenn die Regierung wüßte, wie solche Maßnahmen auf die Arbeiter wirken, würde sie davon Abstand nehmen. — Wenn wir uns fragen, warum die Regierung ihr Versprechen der Arbeitervertretungen nicht einlöst, so finden wir nur eine Erklärung: Sie fürchtet sich vor den Arbeitern. Sie fürchtet sich, daß die Arbeitskammern zu einer fürchtbaren Anlagengestalt gegen die bestehenden sozialen Verhältnisse werden. Wenn sie glaubte, daß die Arbeitervertretungen ein so harmloses, gefahrloses Spielzeug wären, wie die Innungen, Bänke und Handwerkerkammern in den Händen der Handwerker,

so hätten wir die Arbeitskammern längst erhalten. Aber weil die Regierung weiß, daß die deutschen Arbeiter, wenn sie einmal eine Vertretung haben, sie auch benutzen werden, darum wagt sie nicht, an die Erfüllung ihres Versprechens zu gehen. Sie fürchtet, daß der Mißbrauch und die Barbarei der heutigen Produktionsweise, in der der Wert des Produktes außer jedem Verhältnis zum Produktionswert steht, offenbar werden und sich als einziges Heilmittel die Sozialisierung der Produktion ergeben wird. Sie fürchtet die Ausbildung der Direktionsfähigkeit der Arbeiter, mit einem Wort: ihre Intelligenz und organisatorische Kraft. Wir quittieren dankend über diese Anerkennung.

Die Arbeiter bitten nicht mehr, sondern fordern eine Vertretung, und wir fordern sie im Namen von Millionen, in deren Leben kein Sonnenschein, keine Wärme, kein Licht dringt. Sie haben schon längst dem Kapital mehr gegeben, als das Kapitale ist. Wir wollen das Arbeiterrecht verwirklichen, wenn es möglich ist mit der Regierung, aber wenn es nötig ist, auch ohne und auch gegen sie. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Patig (natl.): Ich wünsche, daß im Tempo der Ausführung der vorgenommenen Pläne betreffs des Reichs-Versicherungsamtes etwas mehr Beschleunigung eintritt. Der Herr Vortredner hat übersehen, daß erst im Laufe der letzten Jahrzehnte eine gewisse Klärung der Ansichten eingetreten ist. Wir vertreten in unserer Partei heute nicht mehr das patriarchalische System, aber die neue Ansicht ist doch erst seit kurzem durchgedrungen nach den kaiserlichen Erlassen von 1890. Es ist inzwischen ein reiches Maß von Arbeit geleistet worden, wenn es auch nicht gerade durch das Arbeitsamt geschehen ist. Die Regierung kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie ein gutes Gewissen hat, daß sie es nicht an Aufsicht bei der Arbeit fehlen lasse. Was unseren Antrag anbetrifft, so dürfen die paar 100 000 M. kein Hinderungsgrund zur Durchführung unserer Pläne sein. Das Amt soll zunächst nur ein Amt zur Bewertung des Materials sein, das aus der Sozialpolitik hervorgeht. Es sollen da von vornherein die Beteiligten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenfassen. Die Kapitelüberschriften des sozialdemokratischen Antrages akzeptiere ich auch als Programm, der Inhalt ist aber kaum verlockend als Unterlage für die Verhandlungen. Im Zukunftsstaate mögen die Forderungen gut sein, in der Gegenwart einfach unmöglich (Widerpruch links), zum Beispiel was die Aufstellung und Ernennung der Beamten betrifft. Ich bitte Sie, meine Herren, zunächst den nationalliberalen Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Zur Begründung des Antrages des Abg. v. Czernowski (P.) erhält das Wort

Abg. Anderski (P.): Wir wollen uns heute in dieser Frage durchaus noch nicht festlegen, wir wollen alle Wege gehen, die gangbar sind. In den Februar-Erlassen sind Versprechungen ausgesprochen, die meiner Meinung nach die Arbeitskammern in sich schließen. Aber es ist nichts geschehen. Reichsamtler Fürst Hohenzollern hat seinerzeit erklärt, die Vorarbeiten wären noch nicht vollendet. Aber man scheint auch heute noch nicht aus den „Erwägungen“ herauszukommen. Die Regierung scheint sich vor den Unternehmern zu fürchten, das beweist der Ruhrarbeiterstreik. Kein Wunder, wenn sie sich fürchtet, wenn Herr v. Kardorff so gegen Minister Müller auftritt. — Wären die Arbeitskammern schon, so wäre der Bergarbeiterstreik vermieden gewesen. Die Grundlagen sollten Arbeiterausschüsse bilden, die höchste Zusammenfassung wäre dann das Reichs-Arbeitsamt. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Trimborn (Zentrum): Wir sehen auf dem Boden der Februarerlasse von 1890, welche ausdrücklich eine Landesvertretung der Arbeiter in Aussicht stellen. Die Darstellung der parlamentarischen Geschichte dieses Gegenstandes durch den sozialdemokratischen Redner hat bewiesen, daß der Redner zu einer solchen Geschichtsdarstellung nicht fähig war; die Tätigkeit des Zentrums hat er fast vergessen. Wir haben dafür nur ein mitleidiges Achselzucken. Wir haben schon im Jahre 1893 den Antrag auf Einsetzung einer Arbeitervertretung gestellt. Wir haben 1894 den Antrag wiederholt, haben 1895 darüber interpelliert. Damals hat Abg. Fischer erklärt, das seien ja Kleinigkeiten. Wir haben dann 1898 und 1899 wieder Anträge gestellt. Endlich, am 30. Januar 1904, als wir eine neue Interpellation einbrachten, erhielten wir die erste Zusage von Seiten der Regierung. Also wir, nicht die Sozialdemokraten hatten diesen Erfolg. Wegen dieses Versprechens haben wir in diesem Jahre keinen Antrag gestellt. Aus demselben Grunde verzichte ich auch auf eine eingehende Kritik des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes, obgleich eine Reihe von Bestimmungen darin die Kritik geradezu herausfordern. Der sozialdemokratische Antrag fordert auch den Eintritt der Landwirtschaftsarbeiter in die Arbeitskammern, und die Zahl der Arbeitervertreter steigt er nach der Zahl der Betriebe fest. Das Ergebnis davon würde aber sein, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter die industriellen völlig erdrücken würden. Ferner wünschen wir auch die Einsetzung einer Vertretung für die geistigen Arbeiter sowie für die Privatbeamten. Allerdings sind wir nicht für die Dreiteilung im Unternehmertum, Privatbeamtentum und Arbeiterschaft. Aber doch muß irgend ein gemeinsamer Ausschuss vorhanden sein. Denn die Vertretung des Privatbeamtentums ist dringend notwendig.

Der sozialdemokratische Antrag kann daher auf keine Annahme seitens meiner politischen Freunde rechnen. Höchstens könnten wir ihn der Regierung als Material überweisen. Aber da es ein Initiativantrag ist, ist das geschäftsordnungsgemäß bei der ersten Lesung unmöglich. Auf der anderen Seite wollen wir auch keine Kommissionsberatung eintreten lassen, weil das ein unnützer Zeitverlust wäre.

Der zweite Punkt betrifft das Reichs-Arbeitsamt, welches in dem nationalliberalen und dem polnischen Antrage gefordert wird. Wir brauchen für die Statistik der Arbeitsverhältnisse und für die Vorarbeiten zur Lösung der sozialpolitischen Probleme eine solche Zentralstelle, an der Männer angestellt werden müssen, die diese Arbeiten als ihre Lebensaufgabe betrachten. Dies Amt muß dauernde Fühlung mit den Arbeiterverhältnissen haben. Meine Freunde werden einhellig für den nationalliberalen Antrag eintreten. Den polnischen Antrag können wir nicht ohne weiteres annehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er weist dem Reichs-Arbeitsamt nicht nur sozialstatistische Arbeiten zu, sondern verlangt, daß es auch als Einigungsamt dienen solle. Damit würde es aber in das Gebiet der Arbeitskammern übergreifen. Eine richtige Grenzregulierung können wir aber heute noch nicht vornehmen. — Dem sozialdemokratischen Antrage werden wir bei der zweiten Lesung diejenige Verhandlung zuteil werden lassen, die er verdient. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Beifall im Zentrum.)

Abg. West-Votsdam (L): Wir können weder den sozialdemokratischen, noch den polnischen, noch den nationalliberalen Antrag annehmen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Den Abg. Thiele möchte ich doch hinweisen auf die gesetzliche Vertretung, die wir bei den Berufsvereinigungen, bei den Innungen und in den Gewerbe-Inspektoren haben. Es ist doch da schon manches geschehen. Was den sozialdemokratischen Antrag anbetrifft, so würden wir, wenn wir ihn annehmen, immer weiter auf diesem Gebiete vorwärtsgehen, dadurch belasten wir unsere Produkte immer mehr, und wir können dann mit dem Auslande, das jetzt schon billiger produziert, gar nicht mehr konkurrieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir werden daher gegen alle drei Anträge stimmen.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Die Notwendigkeit der Arbeitskammern ist erwiesen, es ist kein Zweifel vorhanden, daß die Arbeiter ein Recht auf Vertretung haben, wie wir sie in so vielen anderen Ständen besitzen. Ich bin allerdings nicht davon überzeugt, daß die Vertretungen unter staatlicher Aufsicht irgendwo mehr geleistet

haben, als die freien Organisationen. Es kommt mehr auf dem Eifer der Mitglieder der Kammern an, als auf die staatliche Aufsicht. Allerdings könnte man einwenden, daß z. B. die Gewerkschaften in den Innungen auch keine Vertretung haben, weshalb sollten die Arbeiter dazu gezwungen werden, sich vertreten zu lassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Gesetzentwurf und auch die Anträge enthalten große Mängel, sie sind in vielen zu unklar gehalten. Wenn wir ein Reichs-Arbeitsamt einrichten, so soll es selbständig sein und nicht unter dem Reichsamt des Innern stehen. Wenn in der Begründung des sozialdemokratischen Antrages gesagt wird, daß man auf diesem Wege immer weiter zur Sozialisierung kommen werde, dann kann man es doch wohl der Regierung nicht übel nehmen, daß sie dabei nicht mitwirken will. Allgemein links wird sie natürlich nicht mitgehen. Wir bewilligen die Arbeitskammern gerade, um die Arbeiter von der sozialdemokratischen Führung loszumachen, indem wir ihnen zeigen, daß auch die anderen Parteien ihre Interessen vertreten. Hier können wir wirklich einmal den Fels durch Begehr vertreiben, indem wir uns die sozialdemokratischen Forderungen zu eigen machen. (Lust bei den Sozialdemokraten: Nur zu!)

Abg. Kaab (Ant.): Es ist erfreulich, daß die Sozialdemokratie ihre Forderung von Arbeiterkammern zugunsten von Arbeitskammern aufgegeben hat. Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft forderte noch neulich eine Arbeiterkammer. Wir hoffen, daß auch allmählich die allerersten Sozialdemokraten diese erfreuliche Schwankung mitmachen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Arbeitskammern werden eine weit größere Autorität bei der Bevölkerung und der Regierung erlangen, als einseitige Arbeiterkammern. Einen Anschluß der neuen Organisationen an die Gewerbegerichte wünschen wir nicht, da ihre sozialpolitischen Aufgaben zu wichtig und umfangreich sein würden, als daß sie als bloße Anhängsel der Gewerbegerichte behandelt werden können. Doch kommt schließlich mehr auf das Wesen als auf die Form der Organisation an. Der sozialdemokratische Antrag hat auf meine Freunde und mich einen sehr viel günstigeren Eindruck gemacht als auf das Zentrum. Freilich das Gutachterrecht der Arbeitskammern etwa auf die Handelsverträge auszudehnen, wie es nach § 25 des Entwurfes die Sozialdemokratie zu verlangen scheint, würde nach unserer Auffassung nicht richtig sein. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Pauli halten wir auch die Sozialreform nicht für eine Erleichterung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, sondern umgekehrt für eine Erleichterung. Dieser Grundanschauung werden wir auch bei der weiteren Behandlung der vorliegenden Frage Rechnung tragen. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. Dr. Pacht (fr. Vg.): Zunächst muß sich der Reichstag darüber verständigen, was er von der Regierung fordern will; erst dann kann er mit Energie fordern. Wir müssen uns klar werden, ob wir eine sozialistische oder eine sozialpolitische Zentralbehörde schaffen wollen. Nach meiner Meinung handelt es sich um das erstere. Nach dem polnischen Antrage aber soll diese Zentralbehörde auch die Ausführung der Arbeitergesetzbestimmungen überwachen und den Streit zwischen Arbeitern und Unternehmern friedlich zu schlichten suchen. Das würde dieser Entscheidung widersprechen. Deshalb können wir nur bitten, den polnischen Antrag dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Dem sozialdemokratischen Antrag widerspreche ich nicht aus den Gründen wie der Herr von der Rechten. Im Gegenteil: Organisationen schaffen nicht Stimmungen, sondern bringen sie nur zum Ausdruck; gerade die praktische Arbeit ist am besten geeignet, phantastische Ideen bei den Arbeitern zu beseitigen. Die Frage, ob Arbeiterkammern oder gemischte Arbeitskammern besser sind, kann nur im Anschluß an den von der Regierung in Aussicht gestellten Gesetzentwurf gelöst werden. Ich für meine Person befürworte allerdings jetzt schon die gemischten Kammern, zum Teil aus den schon vom Abg. Thiele angegebenen tatsächlichen Gründen, zum Teil, weil ich glaube, weil durch eine solche Einmischung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die sozialen Gegensätze etwas gemildert werden: die arbeitsstatistische Kommission leidet unter dem Mangel an Initiative. Wir stimmen für den nationalliberalen Antrag, wollen aber, daß der Ausdruck Arbeitnehmer darin nicht so eng gefaßt wird wie im Gewerbe-Ordnungs-Gesetz. Vor allen Dingen müssen die zwei Millionen Privatbeamten auch eine Vertretung bekommen. Bis jetzt gibt es über die Verhältnisse dieser Beamten nur private Enquêtes. Ein weiterer Vorzug des Reichs-Arbeitsamtes wäre die Möglichkeit, zu internationalen Verhandlungen zu kommen. Eine gute Sozialstatistik ist die Grundlage einer guten Sozialpolitik. Jenes Observatorium der Arbeit, als welches wir uns das Reichs-Arbeitsamt denken, soll diese Aufgabe lösen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Erzberger (Z.): Wir freuen uns, daß die Sozialdemokraten jetzt ebenso wie wir für gemischte Kammern sind. Bei einseitigen Arbeiterkammern wählte die Regierung nie, ob sie sich nach deren Wünschen oder nach denen der Arbeitgeber richten sollte. Aber nicht nur die körperlichen, auch die geistigen Arbeiter müssen vertreten werden. Die Sozialdemokraten sollten im Antrage den Ausdruck „Arbeitnehmer“ so weit fassen, daß auch die Techniker, Ingenieure usw. inbegriffen sind. — Die Sozialdemokraten scheinen leider gewohnheitsmäßig gegen das Zentrum bei allen sozialpolitischen Fragen zu polemisieren. Da die Regierung uns aber für den Späterbest ein Gesetzentwurf über die vorliegende Frage zugesagt hat, sind wir nicht für eine Kommissionsberatung des Antrages Auer. Ich muß mich besonders gegen diesen wenden. Es würden danach alle möglichen Zweige der verschiedenen Berufsstände in eine Kammer gebracht werden; das ist aber keine Organisation, sondern ein Haufen zusammengetragener Personen. Wenn z. B. für jeden der 35 Regierungsbezirke eine Kammer errichtet wird, so würden wir wahrscheinlich eine agrarische Mehrheit erhalten. Ueberhaupt ist so eine Gewerbe-Inspektion unmöglich. Es steht ein guter Stern in dem Antrage, aber wir haben stets gewünscht, die großen Gruppen nach der Art ihres Betriebes zu organisieren. Ich muß die Bemerkung des Abg. Thiele zurückweisen, daß die Handwerkskammern benutzt worden seien, um Maßnahmen zu fördern, die sozialpolitisch nicht als vorteilhaft gelten können. (Bravo! im Zentrum.)

Damit ist die Diskussion geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Thiele (Soz.): Der Abg. Erzberger irrt sich, daß ich ein Urteil über die Handwerkskammern gefällt habe. Ich habe da von engherzigen Bestrebungen in den Innungen gesprochen. Ich glaube aber, es würde nicht schwer sein, auch bei den Handwerkskammern das zu finden, was der Abg. Erzberger zurückweisen zu müssen glaubte.

Das Schlußwort für den Antrag Auer und Genossen erhält Abg. Bebel (Soz.): Die Debatte hat den Verlauf genommen, den wir erwartet haben. Es ist ja nicht zum erstenmal von unserer Seite ein derartiger Antrag vor das Haus gebracht worden, und nach dem, was früher hier gesagt worden ist, konnten wir hier kein anderes Urteil erwarten. Freilich ist seit der Zeit, da wir eine größere Debatte über den von uns gestellten Antrag auf Errichtung von Arbeitskammern gehabt haben, eine größere Reihe von Mehrheitsparteien einige kleine Fortschritte gemacht. (Aha! im Zentrum.) Der Abg. Erzberger hat heute weit geschickter und weit diplomatischer gesprochen als sein Kollege Trimborn. Er hat an unsern Anträge wenigstens einige gute Punkte gelassen, während der Abg. Trimborn ihn in Grund und Boden verurteilt hat und ganz drastisch mit der Wendung schloß, seine Partei würde unsern Anträge das Schicksal bereiten, das er verdiene. Das warten wir ruhig ab, das Zentrum ist ja die ausschlaggebende Partei und kann nach seiner Entscheidung die Mehrheit nach rechts oder links verteilen. Aber einige Rücksicht wird es doch nehmen müssen, denn wenn wir weite Kreise über die Natur unseres Antrages unterrichten und mitteilen, wie Herr Trimborn sich dazu gestellt hat, so dürfte bei einem großen Teil der katholischen Arbeiter ein bedenkliches Kopfschütteln entstehen. Unser Antrag bezweckt die Schaffung einer Zentralstelle für den Fortschritt der Sozialreform, eine Atonomische

Organisation der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Die sozialen Fragen sind heute in jedem Staat und in jeder Gesellschaft entscheidend. Da muß auch die Organisation geschaffen werden für die zahlreichste Klasse der Gesellschaft, für die Klasse, die mit jedem Jahre ausschlaggebender durch Zahl und Bedeutung wird.

Das Reichs-Arbeitsamt ist allerdings etwas ganz anderes. Wir hätten ebenso gut Reichs-Arbeitsministerien sagen können, wenn der sonstigen Struktur der deutschen Reichsverfassung Reichsministerien überhaupt entsprächen. Denn das Reichs-Arbeitsamt soll all die Machbefugnisse haben, die einzelstaatliche Arbeitsministerien haben würden. Wenn das dem Zentrum zu weit geht, soll es sagen, was es will. Das Reichs-Arbeitsamt in national-liberalen Antrage ist jedenfalls nicht entfernt das, was wir wollen. Dieses Reichs-Arbeitsamt entspricht etwa dem höheren Arbeitsrat, wie er in Frankreich seit etwa 1891 besteht, oder dem Arbeitsrat in Oesterreich, der ein Anhängsel des Arbeitsstatistischen Amtes ist. Gewiß sind diese Institutionen besser als gar nichts. Aber da sie sehr lose mit dem ganzen Staatswesen zusammenhängen, sind sie von sehr untergeordneter Bedeutung. Eine Körperschaft, die das große Gebiet der Sozialreform umfassend regieren soll, muß ganz anders beschaffen sein.

An der Spitze des Reichs-Arbeitsamtes, wie wir es fordern, soll der Reichs-Arbeitsrat stehen. Im übrigen überlassen wir die Organisation des Reichs-Arbeitsamtes einem besonderen Gesetz. Unter dem Reichs-Arbeitsamt sollen in jedem höheren Verwaltungsbezirk Arbeitsämter errichtet werden. Ihnen zur Seite sollen die Arbeitskammern stehen, die überall da eingreifen sollen, wo die Gewerbegerichte verfehlen. So sollen aus der Mitte der Arbeiter und Unternehmer selbst Einigungsämter hervorgehen, die nach Möglichkeit allen Streitigkeiten vorbeugen sollen. Die Befugnis dieser Einigungsämter haben wir nicht einfach der Befugnis der Gewerbegerichte nachgebildet, sondern haben das Recht des Einigungsamtes besonders erweitert. Wir haben die zwangsweise Vorladung von Zeugen zugelassen, um die Unternehmer zu zwingen, Rede und Antwort zu geben. So will die Sozialdemokratie, die nach ihrer (nach rechts) Anschauung an nichts weiter denkt, als daran, möglichst viele Streiks hervorzuheben, durch das ganze Deutsche Reich eine Organisation schaffen, durch die vor jedem Streit ein offizieller Einigungsakt vorgenommen werden muß. Der Abgeordnete v. Nidhagen meinte bei einer früheren Gelegenheit, daß die Arbeitskammern keinen Streit verhindern könnten bewies das Beispiel Hollands. Aber dort bestehen Einigungsämter an den meisten Orten des Landes überhaupt nicht, und wo sie bestehen, können sie nur auf Wunsch beider Parteien eingreifen. Die Organisation in Holland reicht also nicht entfernt an die heran, die wir schaffen wollen.

Von verschiedenen Seiten ist darüber gestritten worden, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern das richtige sei. Herr Bugdan spielte sich heute einmal auf den Radikalen hinaus, und glaubte uns vorwerfen zu müssen, wir hätten als Radikale einen schweren Fehler begangen, daß wir nicht Arbeiterkammern gefordert hätten. Dabei möchte ich gleich dem Abg. Erzberger entgegenhalten, daß unsere Fraktion in diesem Hause niemals Arbeiterkammern gefordert hat. (Zuruf des Abgeordneten Erzberger: Antrag Schweitzer.) Der erste sozialdemokratische Antrag in dieser Hinsicht wurde im Jahre 1878 von Grillenberger und mir gestellt und forderte Gewerbelammern, die genau so organisiert sein sollten wie jetzt die Arbeitskammern. Schweitzer war schon 1870 aus dem Norddeutschen Reichstage ausgeschieden. Von den Gewerkschaften sehen jetzt etwa die Hälfte auf dem Standpunkte Arbeitskammern, die andere Hälfte Arbeiterkammern zu fordern. Welche Richtung die Mehrheit hat, wird der nächste Gewerkschaftskongress im Laufe dieses Sommers zeigen. Wir fordern Arbeitskammern, nicht weil wir an irgendeiner Harmonie der Interessen glauben, sondern weil an den zu schaffenden Organisationen die Unternehmer in hohem Maße interessiert sind und wir diese ohne Beziehung der Unternehmer wahrscheinlich gar nicht durchsetzen könnten, und weil die Kompetenz der Arbeitgeberkammern sehr viel geringer sein würde als die der Arbeitskammern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn unsere Parteigenossen in den Einzelstaaten Arbeiterkammern gefordert haben, so geschah es deshalb, weil sie mit schon bestehenden Unternehmerorganisationen zu rechnen haben. Darum ist der Gedanke des Abg. Erzberger, in die einzelnen Berufsorganisationen auch Vertreter der Arbeiter jeden Zweiges hineinzubeziehen, noch viel unmöglicher als die von uns verlangte Organisation.

Als wir im Jahre 1899 zum erstenmale einen derartigen Antrag brachten, da war unsere Partei auf über zwei Millionen Wähler gestiegen. Das hatte Unruhe hervorgerufen, und als wir eine Organisation der Arbeiterkammern vorschreiben lassen wollten, da war in einem ganzen Teile der bürgerlichen Presse gesagt worden: der Reichstag solle so rasch wie möglich den Antrag zum Gesetz erheben, ihn eventuell en bloc annehmen, um den guten Willen zu zeigen, den Arbeitern entgegenzukommen. Der Abgeordnete Erzberger glaubte einen Haupttrumpf auszuspielen, indem er sagte, die Organisation, die wir schaffen wollten, sei gar keine Organisation, indem wir alles in einen Topf werfen wollten. Es würden dadurch zu viele Interessengegenstände zutage treten. Wir teilen diesen Standpunkt nicht und verwerfen ihn, weil wir ihm keine Berechtigung zuschreiben, weil es heute Stände überhaupt nicht mehr gibt, weil unsere Gesellschaft in einer fortgesetzten Entwidlung begriffen ist. Das, was heute Handwerk ist, ist morgen Fabrik; es ist ein deutliches Fortschreiten zu sehen und eine Unterscheidung nicht mehr möglich. In der Art gehen freilich Industrie, Landwirtschaft usw. auseinander, die Interessen der Arbeiter sind aber überall vollständig gleich, und dadurch eben würden Landwirtschaft, Verkehr und Industrie untereinander verbunden werden, wenn nicht nur im Reiche, sondern auch in den Einzelstaaten eine Vertretung eingerichtet würde, in der der Arbeiter aller Zweige seine Arbeiterinteressen vertritt. Wenn es passiert, daß bei einer solchen Wahl die Landwirtschaft, weil sie den größten Teil der Betriebe repräsentiert, also die größte Zahl der Vertreter hinschicken wird, dann betrachten wir das als gar kein Unglück; bei all den Gutachten, die eine derartig zusammengesetzte Kammer abgeben wird, wird die agrarische Seite überwiegen. Das Umgekehrte wird der Fall sein in den anderen Bezirken, in denen die Industrie-Arbeiter überwiegen. Und ist vor allen Dingen darum zu tun, daß organisiert wird, weil ein Verkehr der verschiedenen Teile dadurch zustande kommt. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiter in derartigen Organisationen ihre Meinung und ihre Wünsche überhaupt zum Ausdruck bringen können und danach Beschlüsse gefaßt werden können. Weiterhin soll die Möglichkeit bestehen — das halten wir für einen durchaus fruchtbarer Gedanken — daß alljährlich ein all-gemeiner Arbeitskammertag zusammentritt, in dem also alle produktiven Kräfte der Nation vertreten sind, um dem Reichs-Arbeitsamt das Material zu unterbreiten, in ähnlicher Weise also, wie es jetzt schon die kolonialen Vereine im Verhältnis zum Kolonialamt tun, nur daß es sich dabei um eine einseitige Interessenvertretung handelt. Was wir in unserem Antrage fordern, ist also doch etwas ganz anderes, als was das Zentrum in früheren Jahren beantragt hat. Das Zentrum, welches früher für die Arbeiterkammern war, tritt jetzt mit uns für die Arbeitskammern ein, dagegen fordern die Hirsch-Dunderlachs-Vereine nach wie vor Arbeiterkammern. Damit sind sie in merkwürdiger Uebereinstimmung mit dem Zentralverband der Industriellen, der auch Arbeiterkammern vorschlägt, damit diese zu möglicher Unbedeutung herabgedrückt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) In den Arbeitskammern müßten die Industriellen es erleben, mit den Arbeitervertretern zusammenzutreffen. Wenn durch irgend etwas die Wichtigkeit unserer Lauff bewiesen wird, so ist es unsere Stellungnahme zum Zentralverband. Der Abg. Trimborn behauptet, daß mein Parteifreund Fischer im Jahre 1894 die Arbeitskammern als etwas Kleines und Unbedeutendes hingestellt habe. Dabei beklagt sich das Zentrum, vom Genossen Thiele ungerechtfertigt angegriffen zu sein. Ich werde nachweisen, daß dieser

Angriff Trimborns gegen meinen Parteifreund Fischer unberechtigt ist. Er hat damals nur gefragt, warum das Zentrum nur einen so kleinen Teil der Verprechungen der kaiserlichen Erlasse durchzuführen beantragt habe. In den kaiserlichen Erlässen waren ja tatsächlich noch viel wichtigere Forderungen aufgestellt, so die Notwendigkeit der Regelung der Arbeitszeiten, die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern, die Mufertätigkeit der Staatsverpflichteten usw. Darauf stützte sich mein Parteifreund Fischer, und er fuhr weiter fort, daß das Zentrum selbst für einen Teil dieser weitergehenden Forderungen sei. Kann es eine objektive Beurteilung seitens eines politischen Gegners geben, als wie sie Abg. Fischer damals der Zentrumorganisation hat angedeihen lassen?

Sie werden also unseren Antrag in irgend einer Form begraben! Gut, begraben Sie ihn. Wir haben den Gesetzentwurf eingebracht, um Ihnen zu zeigen, wie wir uns die sozialpolitische Organisation denken. Sie wollen diese nicht, gut, das ist klar. Da stehen wir und da die anderen; das weiß man jetzt. Wir haben uns aber nicht im Traum eingebildet, daß dieser Gesetzentwurf genau in der Fassung, wie wir ihn eingebracht haben, unverändert angenommen würde. Muß doch selbst die Regierung sich vergegenwärtigen, daß fast jeder ihrer Entwürfe geändert wird. Wir halten uns nicht für unsehbar. (Lachen rechts.) Der Abg. Kaab sagte, er freue sich, daß die Sozialdemokraten einen solchen Antrag eingebracht hätten, damit die utopistische Idee aus den Arbeiterköpfen verschwinde. Abg. Kaab ist ja doch schon lange hier im Reichstage, aber er scheint doch noch ein parlamentarischer Kind zu sein, sich noch im Zustand der parlamentarischen Unschuld zu befinden. (Weiter links.) Denn seit 30 Jahren hat unsere Partei, je nach der Stärke und Qualität ihrer Vertreter, an positiven gesetzgebenden Entwürfen und Anträgen mitgearbeitet. Schon seit dem Freizügigkeitsgesetz von 1867 ist das geschehen. An allen sozialpolitischen Gesetzen haben wir mitgewirkt, allerdings immer in einer Weise, die Sie (zur Rechten) für unpraktisch halten von Ihrem Standpunkte aus. Ja, ich fürchte, das wird noch sehr lange dauern, daß sie uns für unpraktisch halten. Wenn man alle diese Gesetzentwürfe, die wir eingebracht haben, hier zusammenstellen wollte, das gäbe einen Band, der das Neue Testament an Stärke übertreffen würde. (Weiter links, höhnisches Sehr richtig! rechts.) Wir sind auch der Meinung, daß keiner unserer Anträge etwas Unmögliches fordert. Wir haben es ja erlebt, daß eine ganze Reihe von unseren Anträgen, die früher für unmöglich erklärt wurden, später von Ihnen selbst eingebracht wurden, z. B. die Forderung einer sechsunddreißigstündigen Arbeitswoche in gewissen Betrieben, ferner Forderung in Bezug auf die Heimindustrie; da haben Sie acht Jahre nach und verlangt, was Sie acht Jahre vorher für unmöglich erklärten. Auch die Behandlung der Geschlechtskranken durch die Kassen erklärten sie zuerst für ein Beförderungsmittel der Unfruchtbarkeit. Später überzeugten sie sich selbst, daß sie notwendig war. Sie unterscheiden sich also von uns nur dadurch, daß wir vorangehen und sie langsam nachfolgen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie möchten ja sehr gern mit der großen Industrie aufräumen, wenn Sie könnten. Was Sie tun können durch eine schlechte Gesetzgebung, das tun Sie. Seitdem alle Unternehmer ohne Ausnahme seit Jahrzehnten eine gesetzliche Vertretung haben, können Sie die Risiken von Arbeitern nicht ohne eine solche lassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es folgt die Abstimmung. Der Antrag Passche wird mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen, mit derselben Stimmenmehrheit der Antrag Pacht, den Antrag der Regierung als Material zu überweisen.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf kommt zur zweiten Lesung. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (B. Besung der Handelsverträge.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

144. Sitzung vom Dienstag, den 21. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Studt.

Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt beim Kultus-Etat.

Die Einnahmen werden debattelos genehmigt.

Zu den Ausgaben, Titel „Ministergehälter“, liegt folgender Antrag der Abgeordneten Dr. Auerdt (fl.) und Genossen vor, (die königliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Gedächtnisfeier des hundertsten Todestages von Friedrich Schiller in allen öffentlichen Schulen Preußens herbeizuführen und sich bereit zu erklären, die hierfür erforderlichen Mittel zu bewilligen.)

Auf Antrag des Abg. Auerdt (fl.) wird die Beratung seines Antrages bis nach Beendigung der Generaldebatte zurückgestellt.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) wendet sich dagegen, daß nach einer Erklärung des Ministers vom 21. Januar 1905 Schülern höherer Lehranstalten die Teilnahme an Übungen der marianischen Kongregationen gestattet sei, die nicht der Voraussetzung entsprächen, welche der Minister im vorigen Jahre aufgestellt habe, wonach die Übungen vom Religionslehrer der Lehranstalt geführt und unter der Leitung des Direktors stattfinden sollen. Die jetzige Haltung des Ministers widerspreche also seiner vorjährigen Erklärung. Ich möchte mich noch über eine zweite Frage äußern, über die Bewegung für die akademische Freiheit. Ich will diese Frage aber erst beim Kapitel „Universität“ erörtern von dem Gesichtspunkte aus, daß uns in der Budgetkommission eine Aufklärung gegeben worden ist, die als nicht zutreffend anzuerkennen ist. Es ist uns da gesagt worden, daß in Hannover der Friede wieder hergestellt sei, während wir heute lesen, daß Maßregelungen erfolgt sind. (Beifall links.)

Minister Dr. Studt: Für die Zulassung von marianischen Kongregationen, die an Gymnasien eingerichtet werden sollen, sind bei mir im ganzen sechs Anträge eingegangen. (Hört! hört! im Zentrum.) Außerdem sind noch drei Anträge eingegangen, welche Vereinigungen betreffen, die außerhalb der Schulen sich bilden sollen. In allen Fällen habe ich bis jetzt noch keine Genehmigung erteilt, weil gewisse Voraussetzungen dafür noch nicht erfüllt sind. Das ist das ganze Ergebnis, das so ungeheuren Lärm verursacht hat. (Lebhafte Oho!-Rufe bei den Nationalliberalen. Zustimmung im Zentrum.) In den Fällen, die der Abg. Dr. Friedberg im Auge hat, handelt es sich um die Teilnahme von Schülern höherer Lehranstalten an Andachtsübungen und Gottesdiensten, die von marianischen Kongregationen veranstaltet werden. Die Teilnahme findet auf Wunsch der Eltern und meist auch in ihrer Begleitung statt. Der Herr Abgeordnete wird wohl wissen, wie eine Verweigerung einer derartigen Genehmigung im Einklang mit Artikel 12 der Verfassung stehen würde, welcher die freie Religionsübung gewährleistet. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Die Eltern sind berechtigt, ihre Kinder an derartigen Andachtsübungen teilnehmen zu lassen, soweit das Unterrichtsinteresse nicht darunter leidet. Meine Haltung entspricht durchaus meiner vorjährigen Erklärung. Man hat in einer gewissen Parteipresse geradezu erlogene Angriffe gegen mich gerichtet. (Unruhe links.) Ich habe sie ruhig hingelassen im Bewußtsein, dem konfessionellen Frieden und dem Staatsinteresse gebient zu haben. (Beifall im Zentrum. Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident Dr. Borck: Nachdem der Abg. Dr. Friedberg darauf verzichtet hat, auf die Frage der akademischen Freiheit einzugehen, nehme ich an, daß das Haus damit einverstanden ist, daß diese Frage erst beim Kapitel „Universitäten“ besprochen wird.

Ministerialdirektor Dr. Althoff: Die Erklärung, die ich in der Kommission über Hannover abgegeben habe, halte ich aufrecht. Die Bemerkung, es wäre eine unrichtige Erklärung abgegeben worden, muß ich mit der größten Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall rechts.) Ich will nicht auf die Sache eingehen, aber eins will ich erklären: in der Begeisterung für die akademische Freiheit sehen wir niemand nach, am allerwenigsten dem Abg. Dr. Friedberg. (Abg. Dr. Friedberg ruft

erregt: Ich verbitte mir das! Lebhaftige Zustimmung links.) Wir stehen niemandem darin nach. Dadurch, wie man jetzt vielfach vorgeht, trägt man nicht zur Zufriedenheit, sondern nur zur Unzufriedenheit unter den Studenten bei. Wir stehen durchaus auf dem Boden der richtig verstandenen akademischen Freiheit und behandeln mit größter Rücksicht und Milde etwaige Verstöße dagegen. Das ist der Standpunkt des Kultusministeriums. Die Herren scheinen nicht mal zu wissen, daß die Handhabung der akademischen Disziplin Sache der akademischen Behörden ist. Der Unterrichtsverwaltung sind viele ungerechte Vorwürfe gemacht worden. (Oho! links.) Wir stehen einer Presse gegenüber, die die Hauptschuld daran hat, daß die Bewegung einen solchen Umfang angenommen hat. Es wäre dringend zu wünschen, daß von allen Seiten auf die Wiederherstellung des Friedens hingewirkt wird. (Beifall rechts. Unruhe links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl. zur Geschäftsordnung): Nachdem der Regierungskommissar auf die Frage näher eingegangen ist und zwar in einem Tone, der mich persönlich bezieht hat (Sehr richtig! links), bitte ich nunmehr den Präsidenten, die Besprechung dieser Angelegenheit bei dem zur Beratung stehenden Titel zuzulassen.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. Forst erklärt sich das Haus damit einverstanden, daß zunächst die allgemeine Besprechung erledigt werden und im Anschluß daran die Erörterung über die akademische Freiheit stattfinden soll. Dann soll der Antrag Arendt auf Veranstaltung einer Schüler-Freier beraten werden.

Abg. Dr. Dietrich (Z.) befragt sich über nicht genügende Zulassung von katholischen Ordern, die der Seelsorge dienen.

Kultusminister Dr. Städt: Ich glaube, daß jetzt, da wir 2000 Ordensniederlassungen mit 34 000 Kongregationsnisten in Preußen haben, ein Zustand erreicht ist, mit dem die Katholiken sich zufrieden geben können.

Abg. Ernst (fr. Bg.) führt ernste Klagen über einen Erlaß des Kultusministers, der den Schulkommissionen, Schuldeputationen, Schulvorständen und Lehrpersonen jede Auskunft auf eine vom Abg. Erömel und dem Redner gestellte Anfrage über das Verhältnis an den konfessionellen Schulen verbietet. Dadurch sei auch den Lehrern und den Lehrvereinen jede Mitteilung an die weitere Öffentlichkeit unmöglich gemacht. Das Vorgehen des Ministers mache auf Fernstehende den Eindruck, als ob die Schulverwaltung etwas zu verheimlichen habe; das sei eine Beschränkung der Freiheit der Lehrer. Redner fragt sodann über die Ueberfüllung dieser Schulklassen, die auf den Mangel an Lehrern zurückzuführen sei; das führe zur Ueberbürdung der Lehrer. So sei ihm ein Fall bekannt, in dem der Lehrer wöchentlich 40 Stunden unterrichten müsse. Der baldige Erlaß eines Unterrichtsgesetzes sei dringend notwendig. (Beifall links.)

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopf: Das Verbot an die Lehrer, auf private Anfragen Auskunft über interne Schulverhältnisse zu geben, ist keine neue Erfindung, sondern stammt schon aus den achtziger Jahren. Die Lehrer werden mit den verschiedensten Fragen über die Schulverhältnisse, über Haushaltungs- und Handfertigkeitsunterricht usw. behelligt. Die Auskünfte der Lehrer würden vielfach kein richtiges Bild geben können. Die Unterrichtsverwaltung dagegen gibt über derartige Fragen jederzeit bereitwillig Auskunft. Die Frage der Regelung der Lehrerbeförderung ist noch im Fluß.

Abg. Dr. v. Jagzewski (Pole) führt Beschwerde über die Behandlung der Polen. Sehr zu beklagen sei der Lehrermangel im Osten. In einem Falle habe ein Lehrer 240 Kinder zu unterrichten. Die Ueberlastung der Lehrer führe vielfach zur Ueberfüllung des Richtigkeitsrechts, es fänden geradezu Mißhandlungen der polnischen Kinder statt, weil sie die deutsche Sprache nicht genügend beherrschten.

Kultusminister Dr. Städt: Wir sind zu unseren Maßnahmen durch das Verhalten der polnischen Bevölkerung gezwungen. Um den Lehrermangel zu beseitigen, geschieht alles, was möglich ist. Aber in der Provinz Posen werden gerade infolge der großpolnischen Agitation dieser Beseitigung des Lehrermangels große Schwierigkeiten bereitet. Der Ueberfüllung des Richtigkeitsrechts treten wir entgegen, aber es kommen nur ganz vereinzelte Fälle vor, in denen ein Einschreiten notwendig ist. Wenn in dieser Agitation der Ruf ertönt: Tod den Deutschen, so wird man eine ähnliche Gemütsregung bei den Deutschen nicht finden. (Beifall rechts.)

Abg. Rospch (fr. Bp.): Früher leitete stets der Abg. Dausenberg vom Zentrum die Debatte über den Kultusetat mit Wünschen seiner Freunde inbezug auf größeren Einfluß der Kirche auf die Schule ein. Jetzt sind die Wünsche der Herren vom Zentrum ziemlich erfüllt, es bleibt ihnen fast nichts mehr zu wünschen übrig. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Wir verlangen die Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums. Notwendig ist ein Schulunterhaltungs-Gesetz. Jetzt hat man diese Forderung mit derjenigen der Konfessionalisierung der Volksschulen verbunden. Dadurch ist der Erlaß eines Schulunterhaltungs-Gesetzes verzögert worden. Der Minister hat sich bereit erklärt, die in der Beförderung der Lehrer vorhandene Härten auszugleichen, und er hat ja 200 000 M. für Disziplin zu diesem Zwecke in den Etat eingestellt. Aber wir haben da 4000 Lehrer, die das Minimalgehalt von 600 M. und die Minimal-Alterszulage von 100 M. haben. Was sind da 200 000 M.? Eine andere Regelung der Beförderungsverhältnisse der Lehrer ist dringend notwendig. Freilich könnte man die Wünsche der Lehrer ja durch die Beschränkung der Freizügigkeit beseitigen und dadurch, daß man den Gemeinden verbietet, die Lehrergelälter zu erhöhen. Der Minister hat im vorigen Jahre von den Lehrern Idealismus verlangt. Mit Recht. Aber dann muß man auch den idealen Sinn der Gemeinden anerkennen, die aus Liebe zur Schule die Lehrergelälter erhöhen, und sollte sie nicht daran verhindern, wie es leider vielfach geschieht, dann sollte auch bei der Unterrichtsverwaltung der ideale Sinn vorhanden sein. (Sehr richtig! links.) Dem Beschluß der Lehrer auf dem Lande kann nur durch Aufbesserung der Gehälter gesteuert werden. Darum hoffe ich, daß alle Einschränkungen der Freizügigkeit der Lehrer von seiten der Unterrichtsverwaltung unterbleiben. In Deutsch-Pommern bei Breslau unterrichten 6 Lehrer 711 Kinder. Hier gilt ganz besonders das Wort, das aus allerhöchstem Munde über die Schulverhältnisse in der Gegend von Cadinen gefallen ist, daß der Unterricht in derartig überfüllten Schulklassen eine Menschenquälerei für den Lehrer ist. Redner fragt den Kultusminister, wie weit die Vorbereitung des Gesetzes bezüglich Regelung der Schulpflicht gediehen sei.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopf: Die Verwaltung hat die Erhöhung der Lehrergelälter ablehnen müssen, wenn die Gemeinden, die sie beschließen, die Mehrkosten der Staatskasse auferlegen wollten, oder wenn zwei Gemeinden vorhanden sind, von denen die eine nicht in der Lage ist, der von der anderen geplanten Erhöhung der Lehrergelälter zu folgen.

Abg. Forst v. Jellitz (H.): Eine Trennung der Unterrichtsverwaltung vom Kultusministerium halte ich nicht für richtig. Um aber den Minister zu entlasten, halte ich es für zweckmäßig, die Medizinal-Abteilung vom Kultusministerium abzutrennen. Der Abg. Rospch klagt über das Schulkompromiß. Aber er sollte doch wissen, daß ohne dieses ein Schulunterhaltungs-Gesetz nicht zu verabschieden möglich ist. Ich bin überzeugt, daß sämtliche Konfessionen auf die Frage, ob sie ohne das Kompromiß ein Schulunterhaltungs-Gesetz verabschieden würden, mit Nein antworten würden. (Zuruf rechts: Nein! Heiterkeit links.) Herr Rospch sollte das wissen. Sie (links) müßten das wissen, wenn Sie nicht geschlafen hätten. (Große Heiterkeit.) (Mit erhobener Stimme:) Man hat draußen im Lande die Angelegenheit des Schulkompromißes mit großer Verlogenheit dargestellt. (Ironische Zurufe: Lauter!) Einer solchen schwindelhaften Darstellung gegenüber kann man allerdings gar nicht laut genug sprechen. Die Art, wie die Herren gegen das Schulkompromiß gesprochen haben, kann für die Lehrer keine günstige Wirkung haben. Ich bin überzeugt, daß wir uns über den ersten Teil des Schulkompromißes ohne weiteres verständigen werden, denn die Mitglieder der national-liberalen Partei werden sicherlich an dem Kompromiß festhalten. Die Spekulation darauf, daß die Nationalliberalen nicht daran festhalten werden, entbehrt jeden Grundes. Wir bedauern, daß das

Schulunterhaltungs-Gesetz nicht schon in dieser Session und vorgelegt ist. Wir hoffen aber mit Bestimmtheit, daß die Staatsregierung an ihrer Forderung festhält und uns im Herbst das Gesetz vorlegen wird. Sollte die Regierung ihrer Forderung nicht entsprechen, so würde das allerdings die weitestgehende Unzufriedenheit hervorrufen. (Beifall rechts.)

Minister Dr. Städt: Bei der Staatsregierung besteht die feste Absicht, das Schulunterhaltungs-Gesetz im Herbst dem Hause vorzulegen. (Beifall rechts.) Im übrigen teile ich das Bedauern des Abg. v. Jellitz, daß in weiten Kreisen und auch in Lehrerkreisen eine solche Agitation gegen das Schulkompromiß entwickelt worden ist, die ich weder als angemessen noch als in den Grenzen einer wohlüberlegten Rücksichtnahme auf die tatsächlichen Verhältnisse haltend bezeichnen kann. Ich halte es nicht für richtig, die leidenschaftliche Auffassung, die sich unter den Gegnern des Kompromißes geltend gemacht hat, in die Lehrerkreise hineinzugetragen, und ich fürchte, daß die in weiten Kreisen angerichtete Verwirrung schlechte Früchte tragen wird. Auf die Mitwirkung der geistlichen Orts-Schulinspektion zu verzichten, ist die Regierung nicht in der Lage, und ich halte es nicht für angebracht, daß gegen diese eine Mauthausarbeit vollführt wird. Ich bedauere, daß das Konfitorium in Koblenz sich aus eigener Machtbefugnis für ermächtigt gehalten hat, eine Enquete zu veranstalten, ob es angebracht sei, daß die Geistlichen noch ferner die Lokalschulinspektion ausüben. Dadurch ist eine ganz überflüssige Beunruhigung in die beteiligten Kreise gebracht worden. Bei der Kreis-Schulinspektion liegen die Verhältnisse wesentlich anders; da muß die Verwaltung mehr darauf sehen, daß die in Hauptamt erfolgt.

Abg. Dr. Bremer (L.): Kamens der konservativen Partei erkläre ich, daß uns die Erklärung des Ministers über die baldige Vorlegung des Schulunterhaltungs-Gesetzes mit großer Freude erfüllt. Wir werden es wohlwollend prüfen, wenn es sich im Rahmen des Kompromißes hält, das für uns die Grenze des Entgegenkommens bedeutet. Wir wollen nicht den Weg betreten, der zur Staatskassule führt, wir wollen, daß die Gemeinden die Träger der Volksschule bleiben, und deswegen steht für uns Schulunterhaltungs-Gesetz und Lehrerbeförderung in engem Zusammenhang. Die Neuerungen auf der Königsberger Lehrerversammlung über die Orts-Schulinspektoren enthielten Beschimpfungen der geistlichen Schulinspektoren, und ich habe mich gewundert, daß die Unterrichtsverwaltung nicht dagegen aufgetreten ist. (Beifall rechts.)

Minister Dr. Städt erwidert, daß er die Äußerungen in Königsberg ebenso mißbillige, wie die sonstige Agitation gegen die geistlichen Kreis-Schulinspektoren.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Wahlprüfungs-Kommission wurde die Wahl des konservativen Abgeordneten v. Rastow, Wahlkreis Labiau-Wehlau, beanstandet. Bei der Hauptwahl erzielte: Soz. 5006, Freisinn 2021, v. Rastow (kons.) 7127, letzterer nur 13 Stimmen über die absolute Mehrheit. Gegen die Wahl lag ein Protest von sozialdemokratischer Seite vor, der ungefähliche Wahlhandlungen rügte. Die Wahllisten waren in mehreren Orten auf eine Kontrolle zugearbeitet, die das Wahlgeheimnis durchbrach. Arbeiter-Entlassungen und andere Mißregelungen fanden statt. Anderwärts wurden Wählern im Wahllokal Kuberts in die Hand gegeben, in denen bereits ein konservativer Stimmzettel steckte. Dies und einige weitere Verstöße veranlaßten die Kommission zur Beanstandung der Wahl sowie zu dem Antrage, Erhebungen über für erheblich befundene Protestbehauptungen vornehmen zu lassen.

Partei-Nachrichten.

Eine Abrechnung. Die Handlungsgehilfen Wiens haben bei der Wahl der Vertreter zur Kaufmannskorporation am Sonntag mit den Christlich-Sozialen Abrechnung gehalten. Es handelt sich bei diesen Wahlen um den Vorstand und die Generalversammlung der Krankenkasse sowie um den Gehältsausschuß und das Schiedsgericht in der Berufskorporation. Schon im Jahre 1898 hatten die Sozialdemokraten über die vereinigten Christlich-Sozialen mit fast 400 Stimmen Mehrheit gestimmt. Die antifeministisch-christlich-soziale Halunkenbande brachte es jedoch fertig, durch die unglücklichsten Schwindeleien die Uebergabe der Verwaltung an die Gewählten zu verhindern. Endlich 1902 kam eine neue Wahl zustande. Die Sozialdemokraten erzielten 6932 Stimmen, die Christlich-Sozialen 4281. Der Wiener Magistrat brachte es fertig, die sozialdemokratischen Stimmen fast sämtlich für ungültig und seine Kreaturen für gewählt zu erklären. Diese Gaunereien haben endlich der Masse der Handlungsgehilfen die Augen geöffnet. Am Sonntag stimmten 7226 für die sozialdemokratische und nur 1905 für die christlich-soziale Liste. Das ist eine gerechte Vergeltung für die jahrelangen Verlogenheiten der verkommenen Schwindlerbande.

Die Vertretung der Sozialdemokratie im norwegischen Storting entspricht bei weitem nicht der für die Partei abgegebenen Stimmenzahl. Nach der kürzlich erschienenen amtlichen Statistik sind bei der letzten Stortingswahl 236 641 gültige Stimmen abgegeben worden; davon für die Rechte, die Moderaten und die Sammlungspartei 106 042, für die Linke 101 142, und für die Sozialdemokratie 22 948; außerdem auf besondere Arbeiterlisten 5689 Stimmen. Die drei zuerst genannten Parteien haben 63 Abgeordnete erhalten, hätten sich aber ihrem Stimmenverhältnis nach mit 53 begnügen müssen; die Linke, die 50 Abgeordnete zählt, müßte 68 haben, die Sozialdemokratie müßte ihrer Stimmenzahl nach 11 Abgeordnete im Storting haben, hat aber beifantisch nur 4.

Verfammlungen.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Die Jahreshelle Berlin und Umgebung hielt am Sonntag ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im letzten Vierteljahr verstorbenen Mitglieder gedacht, von denen zwei bei Baumfällen ihre Leben lassen mußten. Dann verlas der Kassierer Wötcher die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahmen beliefen sich auf 33 421,75 M., wozu ein alter Bestand von 52 557,27 M. hinzukam; die Ausgaben auf 31 524,99 M., so daß der Bestand am Schluß des Quartals auf 54 454,03 M. angewachsen war. Der Jahresbericht und die Jahresabrechnung lagen den Mitgliedern in einer 52 Oktavseiten umfassenden Broschüre gedruckt vor. Der Vorsitzende Karl Heidemann und der Kassierer Wötcher gaben dazu einige mündliche Erläuterungen. Einleitend wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß die Bautätigkeit eine sehr rege war, abgesehen von der Arbeitslosigkeit in den Monaten März und April, die eine Folge von Materialmangel war. Der Tarifvertrag für die eigentlichen Bauarbeiter wurde bekanntlich im vorigen Jahre bis zum 1. Mai 1906 verlängert. Der Verband verzichtete auf die Erämpfung höherer Minimallöhne, und es ist seitdem unabhängig darauf hingewirkt worden, die Tariflöhne überall zur Geltung zu bringen. Der Stundenlohn von 45 Pf. wurde, wie in einer Tabelle nachgewiesen wird, im Jahre 1901 nur an 720 Lohnarbeitern gezahlt, die übrigen erhielten größtenteils 40 Pf. oder noch weniger; im Jahre 1902 stieg die Zahl der mit 45 Pf. Entlohnung auf 2265, im Juni 1903 waren es 8884, im selben Monat 1904 aber schon 4410, und um diese Zeit erhielten über 2000 bereits mehr als 45 Pf. Während der Vertragszeit sind also die Löhne für die große Masse der für zeitlos tätigen Bauarbeiter beständig gestiegen. Andererseits hat der Vertrag auch auf die Regelung der Löhne der im Afford tätigen Arbeiter hingewirkt und ebenso auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Mitgliederzahl ist im verflorenen Jahre von 3710 auf 4886

gestiegen, beträgt aber jetzt bereits über 5000. In mehreren Nebenländern wurden erfolgreich Lohnbewegungen durchgeführt. Die Löhnerträger und die Hiesigen-Flussarbeiter haben günstige Tarifverträge mit den Arbeitgebern vereinbart und die Suberträger erlangen eine Regelung ihrer Arbeitszeit. Die Arbeiter sowie die Maurer der Lohsen-Baugewerke haben ebenfalls im Laufe des vorigen Jahres einen Tarifvertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen. Bei den an Fahrstühlen und Hebevorrichtungen tätigen Bauarbeitern hat eine allgemeine Bewegung vorläufig nicht zu dem gewünschten Ziel geführt, doch wurden bei den Firmen, wo die Arbeiter gut organisiert sind, wesentliche Verbesserungen erreicht. In der Branche der Kunststein-Arbeiter hat die Organisation erhebliche Fortschritte gemacht und es wird jetzt eifrig daran gearbeitet, einen Einheitslohn durchzuführen. — Die Säftigungs-Kommission hatte, abgesehen von den Sitzungen, die zur Verlängerung des Tarifvertrages führten, nur einmal in Funktion zu treten; ebenso die Unterkommission. Die Arbeiten der Organisationsleitung zur Erledigung von Streitfällen auf Bauten waren sehr umfangreich; es handelte sich im ganzen um 852 Fälle. Aussperren wurden im Laufe des Jahres 12 verhängt. In dem Bericht wird ferner auf die Grenzstreitigkeiten mit anderen Organisationen hingewiesen. Mit dem Verband der Asphalture und Pappschneider wurde in dieser Hinsicht ein Abkommen getroffen. Mit der Frage über die Organisation der Zementierer und der ihnen zunächst stehenden Bauarbeiter wird sich sowohl der Verbandstag der Bauarbeiter wie der der Maurer beschäftigen müssen. Die Jahresabrechnung schließt mit der Bilanzsumme von 182 500,70 M. — Die Generalversammlung erteilte der Ortsverwaltung nach kurzer Debatte einstimmig Decharge. — Die vor kurzem vorgenommene Wahl des zweiten Kassierers Kennert wurde rückgängig gemacht, weil, wie sich herausstellte, der Gewählte damals über das zulässige Maß mit seinen Beiträgen im Rückstand war. An seiner Stelle betraute die Generalversammlung Träger mit dem Amt des zweiten Kassierers. Als Revisoren wurden Schilling, Rothenburg und Schrag gewählt. In die Beschwerde-Kommission wurden gewählt: Ludwig, Weißberg, Hof, Mertens und Wobser. Zu Delegierten der Gewerkschaftskommission wurden wie bisher die leitenden Personen der Organisation bestimmt. — Zu den bevorstehenden Beratungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages sind in den Bezirksitzungen der Bauarbeiter folgende Änderungsanträge gutgeheißen worden, die nun den Arbeitgebern bereits zugestellt worden sind:

1. Den Stundenlohn in allen Positionen des Vertrages um 5 Pf. zu erhöhen.
2. Den Passus des Vertrages betreffend ungeübte, im Baufach noch nicht beschäftigt gewesene Arbeiter zu streichen.
3. Die aufgeführte Leistungsklausel im Abf. 3, Lohnarbeit, aus dem Vertrage auszuschalten.
4. Den Preis für das Tragen von 1000 Steinen nebst Mörtel für das im Kellergehöck ausgeführte Mauerwerk von 2,50 M. auf 3,50 M. zu erhöhen. Für die übrigen Beschäfte den im jetzigen Vertrage vorgesehenen Preis zu zahlen.
5. Die Herabsetzung des Normalgewichtes von 6½ auf 6 Pfund. Demnach die Gewichtszulage zu zahlen bei Steinen, welche ein Durchschnittsgewicht von 6 bis 8 Pfund aufzuweisen haben.
6. Unter „Allgemeines“, Abf. 1, Lohnzahlung, den Satz unter Einbeziehung einer Kaution von 10 Pf. pro 1000 Steine bis zur Vertragserfüllung zu streichen.
7. Dem Passus für Ueberstunden nach 7 Uhr abends usw. folgende Fassung zu geben: Für Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt.
8. Im Abf. 3, Kündigung, die Worte „ohne Angabe von Gründen“ zu streichen.
9. An Stelle des im Abf. 4, Schlichtungskommission, erwähnten Schiedsgerichts „das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts“ zu setzen.
10. Den jetzigen Schlußpassus des Vertrages von den Worten „in denjenigen Vororten bis herabgesetzt“ zu streichen.

Nach kurzer Diskussion nahm die Generalversammlung hierzu folgende Resolution einstimmig an:

„Die Versammlung erklärt, nach wie vor prinzipiell auf dem Boden der Tarifverträge zu stehen. Sie erkennt an, daß die Tarifverträge geeignet sind, für beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie für das Gesamtwohl befriedigend zu wirken. Da aber die bisherigen Löhne der Bauhilfsarbeiter Berlins infolge der hohen Preise aller notwendigen Konsumartikel sowie der Wohnungsmieten nicht dazu angetan sind, den Bauhilfsarbeitern auch nur eine einigermaßen menschenwürdige Lebenshaltung zu gestatten, andererseits aber eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise infolge der hohen Preise noch zu erwarten ist, so erwarten die Bauhilfsarbeiter von den Arbeitgebern im Baugewerbe, daß sie unseren Änderungsanträgen zum Vertrage, die Erhöhung der Löhne betreffend, nicht abweisend gegenübersehen, sondern ihnen zustimmen werden.“

Die Versammlung verpflichtet die Mitglieder der Schlichtungskommission, bei Beratung des Vertrags energisch für die Erhöhung der Löhne einzutreten. Sollten wider Erwarten diese unsere berechtigten Wünsche bei den Arbeitgebern keine Berücksichtigung finden, so erklärt die Versammlung, daß die Bauhilfsarbeiter dennoch an der Erhöhung der Löhne in diesem Jahre festhalten werden, auch wenn der Vertrag nicht verlängert werden würde.“

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Öffnet: 7 Uhr.

K. Neu-Rittau. Das Dienstmädchen soll schleunigst gegen beide Vorgesetzten-Schritte die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Gegen den Strafbefehl soll sie schleunigst (innerhalb einer Woche nach der Zustellung) laßt die Frist ab) gerichtliche Entscheidung beantragen. Noch wichtiger ist aber der Beschwerdeweg und das Verwaltungsrecht-Versahren gegen den Mißbefehl. Die Beschwerde gegen den Mißbefehl hat sie innerhalb 14 Tagen nach dessen Empfang an den Landrat zu richten, aber bei dem Amtsvorsteher einzureichen (also Adresse an den Amtsvorsteher, die inliegende Beschwerde selbst an den Landrat). Sollte der Landrat sie zurückweisen, ergreift gegen dessen Bescheid Beschwerde an den Regierungspräsidenten (innerhalb 14 Tagen beim Landrat einzulegen). Gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten kann dann innerhalb 14 Tagen Klage an das Ober-Verwaltungsgericht (einzureichen beim Regierungspräsidenten) ergehen. — E. T. 1879. 1. und 2. Rein. — W. M. 8888. Rein. — W. G. Herzfeld. Zur Anstellung der Klage beim Amtsgericht ist zu raten. Voraussetzungen ihres Anpruchs ist, daß Sie infolge der Schwangerschaft erwerbsunfähig waren. — Vertmann. Die mündliche Abrede ist gültig, aber nur gegenüber D. und A. und denjenigen Personen, welche mit Kenntnis dieser Abrede den Wechsel erwarben. Anderen ungläubigen Erwerbern gegenüber sind Sie zahlungspflichtig und können dann nur gegen D. und A. Regress nehmen. — E. G. 9. 1. Dammhülshaus. Die Spatasse darf Ihnen Auskunft nicht erteilen. 2. Staatsanwaltschaft beim Landgericht II (All-Weobitz, Rathenowstraße) ist zuständig. — W. K. G. Für eine nicht erhebliche Zeit ist ein Abzug unzulässig: § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. — G. M. 5. Wenn Sie mindestens 110 M. Militärente erhalten, sind Sie auf Ihren Antrag von der Arbeitslosigkeit zu entbinden. — W. G. 100. Dienstmädchen sind nicht frontenversicherungspflichtig. Die Herrschaft hat für die Dauer von sechs Wochen für Kur und Verpflegung aufzukommen. — August M. Was Sie wünschen, können Sie nur durch gültige Vorstellungen erreichen, zumal Ihr Sohn in kaum zwei Jahren großjährig wird. — Zwei Wettende. Rein. — M. 9. Ein eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament ist gültig, wenn es gehörig datiert ist. Beispielsweise für solche Testamente und eine Anleitung zu ihrer Einrichtung finden Sie auf den letzten Seiten des „Arbeiterrecht“ beigefügten Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — G. K. 35. 1.—4. Sie können Ihren Mann nicht zwingen, Ihnen mitzuteilen, wer das dumme Gerücht über Sie ausgebreitet hat. Kennen Sie den Täter nicht, so können Sie auch wegen der Verleumdung nicht klagen. Betroffen würde die Verleumdung mit Gefängnis werden. Alle Mitglieder eines Vereins, von denen einer möglicherweise die Verleumdung ausgeprochen hat, geht nicht an. 5. Ihren Mann können Sie freilich wegen Verleumdung verklagen. Aber es ist wohl ratloser, Sie kurieren seine Eifersucht und Jugungslosigkeit für Klage durch Nachsicht und allmähliche Erziehung zur Einsicht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Heute, Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Roppenstraße 29:

Vertrauensmänner-Verammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 1. Antrag des Kollegen Exner auf Einführung einer Unterstützung in Krankheitsfällen. 2. Beschlusfassung über die Höhe der weiter zu erhebenden Beiträge. 3. Verbandsangelegenheiten. Mitgliederbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert. — Jede Werkstatt entsende Delegierte.

Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Verammlung der Stellmacher im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Davidsohn über: „Russisches Kulturleben“. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Fliesenleger-Hülfsarbeiter Achtung!

Mittwoch, den 22. Februar 1905, abends 8 Uhr:

Außerordentliche Sektions-Verammlung im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57.

Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitseinstellung der Kollegen bei der Firma Uebe. 2. Welche Schritte gedenken wir bei denjenigen Firmen zu unternehmen, welche den Vertrag noch nicht unterschrieben haben? 3. Verschiedenes. Der wöchentlichen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingt erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Verband der Portefeinler und Federgalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen. Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, in Graumanns Festsaal, Rounystr. 27:

Mitglieder-Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Zukunft. Referent: Ernst Brückner. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Gäste willkommen. Das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, 18. März, in Graumanns Festsaal, Rounystr. 27: Großer

Wiener Maskenball.

Billetts a 50 Pf. sind zu haben auf dem Bureau, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 24, sowie bei allen Werkstatt-Vertrauensleuten. Um zahlreiche Beteiligung bittet Die Ortsverwaltung.

Achtung! Schneider, Schneiderinnen, Zuschneider, Zuschneiderinnen! Achtung!

Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Trägers Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 162/11 Die herrschenden Zustände und Verhältnisse der sogenannten größten Zuschneider-Akademie Maurer, Alexanderplatz. Referent: Herr Zuschneiderlehrer F. Weill. Um recht zahlreichen Besuch wird im Interesse der Allgemeinheit dringend gebeten. Zuschneider-Vereinigung Berlin. V. V.: H. Kulke, Vorsitzender, Dunderstr. 70.

Zentralverband d. Friseurgehülfen.

Donnerstag, den 23. d. M., abends 10 Uhr, Rosenthalerstraße 10/11:

Gemeinschaftliche Versammlung der Zweigvereine Berlin, Köpenick, Charlottenburg, Rixdorf, Weiskensee.

Tages-Ordnung: 1. Welche Forderungen unterbreiten wir den Arbeitgebern? 2. Diskussion. 286/16 Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliederbuch legitimiert. Kein Kollege darf fehlen. Die Vorstände.

Vereinigung der Maler, Lackierer. Filiale Berlin.

Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Verammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Verbandsangelegenheiten. Mitgliederbuch legitimiert! Es ist Pflicht jedes Mitgliedes zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Charlottenburger Volkshaus, Köpenickstraße 3: Bezirks-Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 112/6 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß noch eine Anzahl Metallarbeiter-Notizkalender zu haben sind, und ersuchen wir, die Bestellungen tunlichst bald aufzugeben.

Verein. Gewerkschaften Charlottenburgs!

Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosenthalerstr. 3:

Oeffentliche Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Arbeiter-Organisationen als Schrittmacher des Sozialismus. Referent: H. Kleinlein. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 64/8 Regen Besuch erwartet. Die Kommission.

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse d. Zimmerer.

(E. H. No. 2, Hamburg.) — Oertl. Verwaltung Berlin. Donnerstag, 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:

Mitglieder-Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904. 2. Wahl der Revisoren. 3. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Genossen Link über: Das Unfallversicherungs-Gesetz und seine Bedeutung für die Arbeiter. 4. Diskussion. 259/3 Der Vorstand. V. V.: Richard Schröder, Tüschstr. 82.

Bekanntmachung der gemeinsamen Orts-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend.

Die in der Generalversammlung vom 27. November 1904 beschlossene, unter dem 1. Februar 1905 genehmigte Statutenänderung, betreffend die §§ 1, 2, 12, 13, 14, 15, 22, 23, 30, 46, 56, 57 des Statutes, tritt mit dem 6. März 1905 in Kraft. Hierdurch werden im Besonderen das ortshübliche Tagelohn für alle in den Fabrikbetrieben des Kassenbezirkes beschäftigten männlichen Mitglieder über 16 Jahr, ausschließlich der Lehrlinge, auf 3,50 M. und die Krankenbeiträge auf wöchentlich 63 Pf. erhöht. Dem entsprechend erhöhen sich die Krankenunterstützungen, so das Krankengeld auf 1,75 M.; auch der Unfallzuschuß erhöht eine dementsprechende Erhöhung. Außerdem wird allen Mitgliedern das Krankengeld auch für die Sonntage und bei Krankenhaus-Behandlung in den Fällen, wo ein Anspruch auf Angehörigen-Unterstützung nicht besteht, ein Gehalt des Krankengeldes als Unterstützung gewährt, sofern nicht § 22 des Statutes in Frage kommt. Auch verweisen wir die Mitglieder auf die Änderungen der §§ 4 und 6 der im Statut enthaltenen Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankenaufsicht usw. Die diesbezüglichen Nachträge zum Statut sind bei unseren Geschäftsstellen des Kassenbezirkes in Empfang zu nehmen. 270/13 Mariendorf, den 16. Februar 1905. (gez.) Bethke, Vorsitzender. Weiß, Schriftführer.

Ausschneiden Wert 4 Mk.

Künstl. Zähne, Naturgetreu, tadell. Ausfüh. äußerst billigst. Schmerz. Zahn. Nervlö. Eventl. Ratenzahl. gestattet. Um Mißtrauen zu vermeiden, bitte ich dringend, erst bei Abholung Annonce vorzuzeigen. Max Guckel, Lausitzer Platz 2.

Zigarren.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. 3 Stück 10 Pf., 10 Stück 30 Pf., 10 35 10 40 In jeder Preislage große Auswahl in Bezugs, Sumatra, Sortenlande, Brasil. 1909/10 W. Schilling Nachf. Rausch Admiralstr. 18 b.

Treptow!

Allen Freunden, Bekannten und Genossen zur Mitteilung, daß mir, ohne daß irgend etwas in meinem Lokale vorgekommen ist, plötzlich die Konzeption von 12 auf 10 Uhr festgesetzt worden ist. Ich bitte darum alle obengenannten Freunde, ihren werten Besuch vor 10 Uhr abends bereitzustellen zu wollen. Achtungsvoll Julius Schmidt Gastwirt Tiefholzstr. 22. 23585

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. Berlin O. Frankfurter Allee 89.

Großer Ausverkauf

wegen

Umzug.

Am Sonnabend, den 25. Februar,

beginnt der große Umzugs-Ausverkauf in

sämtlichen Abteilungen meiner reich sortierten Läger.

wach und Sonnabend gegeben. Auf der gleichen Bühne geht am Freitag der Schwank „Der Weibste“ von Lohar Schmidt zum erstenmal in Szene. Die Rolle des Fuzilletonredakteurs Hans Kade spielt Max Kirchner.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

Eine große Sensation erwarteten einzelne bürgerliche Blätter von der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung in Schöneberg. Sie hofften auf einen tragischen Abschluß des strafgerichtlichen Vorgehens von Magistrat und Oberbürgermeister gegen die Stadtverordneten Hoffmann und Lohausen. Es kam aber nicht so. Der Bericht des eingesehten Ausschusses, der eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen beabsichtigt, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, da die Verhandlungen noch zu keinem Resultat geführt haben. — Magistrat und Oberbürgermeister gewinnen im Interesse der Stadt hoffentlich die Ueberzeugung, daß durch den beschriebenen Mangelweg ihr Ansehen bei der Bürgerschaft in keiner Weise gesteigert werden kann, einzeln, wie der Prozeß auch ausfallen mag.

Nicht bestätigt! Professor Dr. Neumann wurde im November vorigen Jahres vom Magistrat zum Direktor des Gymnasiums der „Hohenzollernschule“ gewählt, hat aber die Bestätigung nicht erhalten. Wir kommen auf die Gründe, wenn Semesters vorliegt, noch zurück.

Prinz Friedrich Leopold in der Fremde. Die „Potsd. Corr.“ berichtet: „Die Abreise des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen nach dem russischen Hauptquartier auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz wird erst Anfang nächster Woche erfolgen. Vorausgesetzt, daß inzwischen nicht wieder andere Dispositionen getroffen werden, wird sich der Prinz am Montag mit der Eisenbahn nach Genoa begeben und von dort aus per Dampfer die Reise antreten. Bei seiner Rückkehr aus Petersburg wurde der Prinz am Sonntag auf der Station Neubabelsberg von seiner Gemahlin empfangen, was allgemein auffiel. Wie verlautet, soll besonders dem russischen Kaiser viel daran liegen, den Prinzen, nachdem das Ansehen Russlands im Auslande überall eine so gewaltige Einbuße erlitten hat, zur Befestigung des russischen Prestiges auf dem Kriegsschauplatz zu haben.“ Wie das vom Prinzen Friedrich Leopold zu machen ist, wird in der „Potsd. Corr.“ nicht gesagt.

Weißensee.

Die bekannte Weißenseer Skandalaffäre des Rolferei-Besizers Ernst Mertens, welcher mit dem dortigen Amtsvorsteher Feldmann in jahrelanger Fehde liegt, kam gestern wieder einmal vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung. Vor Eintritt in die Beweisaufnahme brachte der Angeklagte einen ausführlichen Ablehnungsantrag gegen den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Geheimrat Justizrat Garb, vor, den er wie folgt begründete: Er, Mertens, habe sich durch Einspruch gegen eine Wahl die persönliche Feindschaft des Amtsvorstehers zugezogen. Hieraus entwickelten sich verschiedene Verleumdungsprozesse, da Feldmann von ihm des Falschbeschlusses beschuldigt wurde. Am 24. September 1901 erfolgte eine Verurteilung des R. zu sechs Monaten Gefängnis wegen Verleumdung des Amtsvorstehers Feldmann. Die hiergegen eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Der Angeklagte behauptet, daß Landgerichtsdirektor Garb, der auch damals den Vorsitz führte, sich der wissenschaftlichen Rechtsbeugung schuldig gemacht habe. In mehreren Prozessen trat R. für sein Recht ein; an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sandte der Angeklagte eine Unmenge Zirkulare und trieb seine Angelegenheit schließlich soweit, daß sie im Reichstag Gegenstand längerer Erörterungen zwischen dem Justizminister und einem Abgeordneten wurde. Aus verschiedenen Bemerkungen, welche Landgerichtsdirektor Garb in der vorigen Verhandlung gegen Mertens fallen ließ, glaubte dieser eine gewisse Voreingenommenheit erkennen zu können; hierzu komme nun der Vorwurf der wiederholten Rechtsbeugung, den er dem Vorsitzenden in Zirkularen und Broschüren gemacht habe, ohne daß es irgend eine Behörde für nötig befunden habe, gegen ihn wegen Verleumdung des Geheimrats Garb einzuschreiten. Dies befähigte ihn in der Annahme, daß etwas nicht in Ordnung sei. Er halte aus vorstehenden Gründen unbedingt eine Befangenheit eines Richters für vorliegend, der ihn schon einmal zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, und dem er den schwersten Vorwurf, den man einem Richter machen kann, eine Rechtsbeugung, vorgeworfen habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Jungst, beantragte, einen Gerichtshof provisorisch zu bilden, der über den Befangenheitsantrag entscheiden solle. Nach Ausschleiden des Landgerichtsdirektors Garb trat der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Reuter an dessen Stelle ein. Der Gerichtshof lehnte nach kurzer Beratung den Antrag ab, da die von dem Angeklagten vorgebrachten Tatsachen und Vermutungen nicht geeignet seien, ein Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des Landgerichtsdirektors Garb zu begründen. Nach Ablehnung einiger von der Verteidigung gestellter Beweisanträge beschloß der Gerichtshof, in die Beweisaufnahme einzutreten. Zu der Verhandlung sind etwa 20 Zeugen geladen. Als Verteidiger fungiert Rechtsanwalt Jungst, der als Nebenkläger zugelassener Amtsvorsteher wird durch den Rechtsanwalt Sockl-Weissenberg vertreten.

Zur Anlage stehen drei Broschüren und zwei Wahlflugblätter; die ersteren führen die Titel: „Feldmann kontra Mertens“, „Das System Feldmann, mein Kampf um die Befreiung der Weissensee in der Gemeindeverwaltung von Neu-Weissensee und meine Verurteilungen“ und „Streitschlichter auf die Zustände in Neu-Weissensee“. — Der Amtsvorsteher Feldmann und die Mitglieder der Gemeindevertretung fühlen sich durch den Inhalt der Broschüren usw. beleidigt und haben Strafantrag gestellt. Im Verhör gab der Angeklagte zu, die Broschüren verbrochen zu haben, jedoch weigerte er sich, den eigentlichen Verfasser zu nennen. Die Verhandlung wird wohl mehrere Tage in Anspruch nehmen. Der Gerichtshof beschloß, die Zeugen zur Vernehmung auf Donnerstag zu bestellen. Die gestrige Sitzung, in welcher nur zwei Zeugen vernommen werden konnten, wurde vollständig durch die Verlesung der Broschüren ausgefüllt. Wie werden über den weiteren Verlauf der Verhandlung und das Ergebnis berichten.

Ober-Schöneweide.

In der letzten Gemeinderatssitzung stand u. a. die Errichtung einer katholischen Schule zur Beratung. Nachdem zu verschiedenen Malen ein Antrag der hiesigen Katholiken abgelehnt war, ist jetzt von der Regierung im Verordnungswege der Gemeinde die Erfüllung aufgegeben worden. Genosse Grunow wünschte Auskunft darüber, ob man etwa auch die Kinder solcher Eltern, die dieser Schule abhold sind, diesem Unterrichtsverfahren zuzuführen wolle; denn ungewissheit seien bei Feststellung der Kinderzahl auch diese mit aufgenommen. Eine Antwort konnte nicht erfolgen. Da die Regierung zu der Beratung einen Kommissar entsenden will, wird die weitere Verhandlung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

Der erneut gestellte Antrag auf Errichtung eines Kaufmannsgerichts wurde einer Kommission überwiesen. Recht unangenehm berührt die übrigen Vertreter der Antrag des Genossen Grunow, die Beihilfen an die Kirchengemeinden in Höhe von 4000 M., desgleichen den Zuschuß von 800 M. an den fürster der evangelischen Gemeinde, für Verwaltung der Friedhofskasse, aus dem Etat zu streichen. Herr Lehmann meinte, das würde zur Folge haben, daß die ohnehin hohen Kirchensteuern eine Erhöhung erfahren würden. Für die Friedhofskasse würde man wohl keinen billigeren Beamten erhalten. Demgegenüber betonte Genosse Grunow, daß es wohl unerhöret sein würde, bei wöchentlich ungefähr drei Sterbefälle hierfür einen Beamten zu stellen, vielmehr könnten diese Gebühren mit Leichtigkeit von der Gemeindefasse eingezogen werden. Gegen die Erhöhung der Kirchensteuern wenden sich die Arbeiter durch Austritt aus der Kirche. — Der Antrag wurde abgelehnt.

Charlottenburg.

Die Terrain-Aktien-Gesellschaft hat dem „Berliner Tageblatt“ zufolge an die Regierung einen Komplex von 350 Quadratruten verkauft. Auf diesem soll ein neues Gebäude für das Charlottenburger Polizeipräsidium errichtet werden. Der Verkaufspreis ist relativ niedrig bemessen worden, weil die Gesellschaft sich besondere Vorteile für ihre übrigen Terrains davon verpflichtet, daß das Polizeipräsidium auf ihrem bisherigen Besitz errichtet wird. Immerhin dürfte die Gesellschaft bei dem Verkaufspreise von 1500 bis 1600 M. pro Quadratruete gegen den Buchwert einen erheblichen Nutzen erzielen.

Wilmersdorf. In ihrer Sitzung am Montag genehmigte die Gemeindevertretung die Bedingungen, unter denen die östliche Hälfte der Mannheimerstraße zwischen Berliner- und Brandenburgstraße, die Emmer- sowie die Düsselbörferstraße reguliert werden sollen. Ferner wurde die Gründung einer Nektarstelle an der vierten Gemeindefeldschule zum 1. Oktober beschlossen. Abgelehnt wurde ein Antrag, auf dem Grundstück Pariserstraße 13 eine Privat-entbindungsanstalt zu errichten. Eine bessere Beleuchtung soll die Wadenstraße erhalten.

Potsdam bei Nacht. Als in der Nacht zu gestern Passanten durch die Lindenstraße in Potsdam kamen, hörten sie verzweifelte Hilferufe und sahen in der ersten Etage des Hauses Lindenstr. 13 ein Mädchen, das vollständig entkleidet war, Blutüberströmt auf dem Fensterbrett stehen. Die Passanten bildeten einen Kreis und forderten das Mädchen auf, herabzuspringen. Es wagte den Sprung, fiel aber so unglücklich auf das Straßensplaster, daß es ohne Bewußtsein liegen blieb. Schulleute wurden requiriert, man bedeckte die nackte mit einem Mantel und brachte sie in das städtische Krankenhaus. Der rätselhafte Vorfall ist zur Stunde noch nicht vollständig aufgeklärt. Die Wohnung, in der der Aufsehen erregende Vorfall sich ereignete, wird von den Klempnermeister Verholzschens Eheleuten bewohnt. Sie waren abends zu einem Vergnügen gegangen und diesen Ausflug hatte der 22jährige Sohn benützt, sich das erwähnte Mädchen, eine junge Prostituierte, in die elterliche Wohnung zu nehmen. Was sich dort zugetragen hat, ist noch nicht festgelegt worden. Die gesamte Garderobe des Mädchens warf der „galante“ Liebhaber nachts einfach durch das Fenster auf die Straße.

Berichts-Zeitung.

Die Verhandlung gegen die Hochkapler Freiherren v. Grabow und Genossen begann am Dienstag vor der Strafkammer in Dresden. Wir haben am Sonntag ausführlich die Vorgeschichte dieses Prozesses erzählt. In der gestrigen Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er von dem Plan seiner Frau, im Spreewald einen Selbstmord zu fingieren, keine Ahnung gehabt habe. Er sagt: Es ist eine vage, aus der Luft gegriffene Behauptung, für die es nicht den Schatten eines Beweises gibt, daß ich in Lübben Komödie gespielt habe. Ich habe tatsächlich geglaubt, meine Frau sei ertrunken. Meine Frau glaubte, mir einen großen Gefallen zu tun, wenn sie verschwände, da sie der Ansicht war, ich besäße noch ein großes Vermögen. Es war also nur eine unüberlegte Handlung meiner Frau, ich habe damit nichts zu tun. — Präsi.: Dasselbe haben Sie ja in der Verhandlung ausgesagt, die gegen Sie in Berlin stattfand. Da man Ihnen nicht beweisen konnte, daß Sie von dem Scheinselfmord gewußt haben, wurden Sie von der Anklage des Betruges freigesprochen. Es ist doch aber schwerlich anzunehmen, daß Ihre Frau das allein ohne Ihr Wissen getan hat. — Darauf gelangte ein Vergleich zur Erörterung, den Grabow mit seiner Tante Mh Wood abgeschlossen hat. Diese hatte der Legationsrat v. Grabow zur Erbin des Vermögens seines Sohnes eingesetzt, da er mit der „Resoluzion“ seines Sohnes mit der Klempnermeisterstochter nicht einverstanden war. Gegen Mh Wood strengte er darauf nach dem Tode seines Vaters eine Klage an auf Herausgabe des väterlichen Vermögens, die mit dem Vergleich endete, daß Grabow sich mit einer einmaligen Zahlung von 15 000 M. zufriedengab. — Präsi.: Sie befanden sich in Geldnot? — Angell.: Ja, sonst hätte ich den unangenehmen Vergleich mit meiner Tante wohl nicht abgeschlossen. — Präsi.: Es ist sehr charakteristisch, daß Sie wenige Tage vor dem Abschluß des Vergleichs Ihr Anrecht auf das väterliche Vermögen an Ihre Frau abtraten. Auf der einen Seite geben Sie also einen Vergleich ein, auf der anderen Seite veranlassen Sie Ihre Frau, der Sie alles zediert haben, zur Klage. — Justizrat Dr. Zeidler-Berlin erklärt als Zeuge, daß er dem Angeklagten in der Testamentssache von einem Vergleich abgeraten habe.

Der antisemitische Schmiedegeselle. Ein eifriger Pücker-Bereiter erschien gestern in der Person des Schmiedegesellen Wilhelm Jacobs vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Am 28. Oktober v. J. fand in Kellers Festsaal eine Pücker-Versammlung statt, die um 10 Uhr durch den überwachenden Polizeileutnant aufgelöst wurde. Der Angeklagte, der in den vorderen Reihen saß, sprang erregt auf, als der Polizeileutnant an alle Anwesenden die Aufforderung richtete, den Saal möglichst ruhig zu verlassen. Jacobs stieg auf einen Stuhl und rief mit lauter Stimme den übrigen zu: „Das wollen wir doch mal sehen, alles sitzen bleiben, erst Bier austrinken. Wir zahlen ebenjogut Steuern wie jeder andere; wir sollen wohl alle Sozialdemokraten werden.“ In dieser Weise verjuchte der Angeklagte, die Anwesenden zum ferneren Verweilen aufzufordern. Dies gelang auch zum Teil, denn es entstand ein allgemeiner Tumult, dem erst durch die Festnahme des Angeklagten ein Ende bereitet werden konnte. Für den Pücker-Bereiter sollte indessen dieser Vorfall ein unangenehmes Nachspiel haben, und zwar in Form einer Anklage wegen Vergehens gegen den § 110 des Straf-Gesetzbuches (Verletzung der öffentlichen Ordnung). Vor Gericht war Jacobs geständig. Der Gerichtshof befand es unter Berücksichtigung der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten bei einer Geldstrafe von 20 M.

Der Töpfer Herr Paul Rühle sendet uns zu einem am 18. Januar d. J. über einen Streitprozeß gebrachten Gerichtsbericht die Mitteilung, daß die Verhandlung nicht vor der dritten Strafkammer, sondern vor der vierten unter Vorsitz des aus Streitprozessen bekannten Herrn Braun stattgefunden habe. Auch habe nicht er, Rühle, dem Belastungszeugen Adameit das zum Eintritt in den Töpferverband nötige Geld gegeben, sondern der Obermeister Thiele. Unter diesen Umständen wäre die Kunst des Gerichtshofes, unter Verneinung des Erpressungsparagrafen ehrenhafte Arbeiter ins Gefängnis zu bringen, für unsere Justizzustände noch um vieles charakteristischer.

Aus Industrie und Handel.

Das Schuhwerk wird teurer! Dem Beschlusse des Verbandes der Schuh- und Schäftefabrikanten auf Erhöhung der Schuhwarenpreise um 10 Prozent sind 500 Fabriken beigetreten. Das Handschreiben, das die Schuhhandlungen von dem Beschlusse verständigt wird, trägt die sämtlichen Namen dieser Firmen. Der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten hat nun weiter beschlossen, den Schuhhandlungen Plakate zur Verfügung zu stellen zwecks Anbringung in den Verkaufsstellen, auf denen das Publikum auf die Schuhwarenvermehrung aufmerksam gemacht wird.

Kohlen-, Koks- und Brickettverhand. Von den im Ruhrbezirk an die Strecken der Eisenbahndirektionen Eberfeld und Offen anschließenden Zechen, Kokerien und Brickettwerken sind vom 1. bis 15. Februar d. J. in 12 1/2 Arbeitstagen 81 640 und auf den Arbeitstagen durchschnittlich 6531 Doppelwagen zu 10 Tonnen mit Kohlen, Koks und Bricketts beladen und auf der Eisenbahn versandt worden, gegen 289 248 und auf den Arbeitstagen 19 140 Doppelwagen in demselben Zeitraum des Vorjahres bei 12 1/2 Arbeitstagen. Demnach wurden vom 1. bis 15. Februar d. J. auf den Arbeitstagen 12 609 und im ganzen 167 608 Doppelwagen oder 65,9 Proz. weniger ge-

fördert und zum Versand gebracht, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Am 9. Februar wurde die Beendigung des Generalstreiks im Ruhrgebiet beschlossen. Obwohl die volle Förderfähigkeit nicht sofort wieder aufgenommen wurde, stieg der Kohlen- und Brickettversand ganz erheblich. Es wurden im Ruhrbezirk von den Zechen, Kokerien und Brickettwerken beladen und auf der Eisenbahn versandt:

Am 9. Februar	8 806 Wagen
10.	4 279
11.	7 397
13.	9 865
14.	13 885
15.	14 055

Im Saarbezirk betrug der Versand an Kohlen und Koks auf der Eisenbahn vom 1. bis 15. Februar d. J. 84 218 Doppelwagen, gegen 31 507, in Oberschlesien 93 675 Doppelwagen, gegen 68 061, und in den drei Bezirken zusammen 209 583 Doppelwagen gegen 339 416; er war demnach im Saarbezirk 2711 Doppelwagen oder 8,6 Proz., in Oberschlesien 25014 Doppelwagen oder 36,4 Proz. höher, und in den drei Bezirken zusammen 129 883 Doppelwagen oder 38,3 Proz. niedriger als in demselben Zeitraum des Jahres 1904.

Neue Hotel-Aktien-Gesellschaft. Mit der gewaltigen Verkehrsentwicklung Deutschlands ist auch im Hotelwesen der Großbetrieb herrschend geworden. Die Konzentration dieser Betriebe schreitet außerordentlich schnell vorwärts. Wieder wird die Vereinigung von zwei bedeutenden Berliner Hotels gemeldet. Das Monopol-Hotel wird mit dem Palais-Hotel fusioniert. Beide Hotels werden alsdann in eine neu zu errichtende Aktiengesellschaft eingebracht werden, deren Aktien vorläufig im Besitz der Beteiligten verbleiben.

Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft. Die gestern stattgehabte Aufsichtsrats-Sitzung der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft beschloß für das beendete 50. Geschäftsjahr neben reichlichen Rücklagen der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von zehn Prozent (wie in den drei letzten Jahren) vorzuschlagen. Ferner wurde beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung die Ausgabe von weiteren 3 Millionen vierprozentiger Obligationen zu setzen.

Ein Milchtrust in der Schweiz. Zwischen der „Anglo Swis Condensed Milk Co.“ in Cham und der „Société anonyme Henri Nestlé“ ist ein Fusionsvertrag abgeschlossen worden, welcher bereits von den beiderseitigen Verwaltungsräten genehmigt worden ist und demnach die Generalversammlungen zur Annahme vorgelegt werden soll. Beide Gesellschaften betreiben die Herstellung kondensierter Milch, des sogenannten Kindermilchs und verwandter Produkte. Die fusionierten Gesellschaften verfügen über ein Kapital von 40 Millionen Frank.

Ganz wie bei uns. Eine Million Dollar gelangt als nachträgliches Weihnachtsgeschenk der „New-Yorker Handels-Zeitung“ zufolge, an solche Beamte des amerikanischen Stahltrusts zur Verteilung, die einen „verantwortlichen“ Posten bekleiden. Von den 250 000 Angestellten des Stahltrusts kommen bei der Verteilung der Gratifikationen nur 5000 Beamte in Betracht. Die Herren Direktoren und Unterdirektoren, die Pflanzengärtner beziehen, werden in ihrem verantwortlichen Gefühl durch eine Dollarmillion gestärkt, die Arbeiter erfahren eine Herabsetzung ihrer Löhne — die Gratifikation ist gedeckt.

Der englische Arbeitsmarkt im Januar. Die Arbeitsgelegenheit war im Januar etwas besser als im letzten Monat des vergangenen Jahres. Von den 270 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 578 910, welche Berichte an das Arbeitsamt einsandten, waren am Ende des Januar 39 518 oder 6,8 Proz. als Arbeitslose gemeldet. Ende Dezember 1904 betrug der Prozentfuß 7,6 und Ende Januar 1904 6,7. — Auch im Januar hat die Arbeiterchaft Englands durch Lohnherabsetzung wieder größere Einbußen erlitten. Von 63 800 Personen, für die im Monat Januar Lohnveränderungen eintraten, erlangten nur 3000 eine Erhöhung, während 60 800 eine Herabsetzung über sich ergehen lassen mußten. Das Gesamtergebnis der Lohnveränderungen ist eine Lohnminderung für die Arbeiterchaft von 32 000 M. pro Woche.

Vermischtes.

Des Mörders Kramsebers Schicksal dürfte befeuert sein. Die nämlich aus München gemeldet wird, hat sein angeblicher Mordgenosse, der verhaftete Korbmacher Huber, sein Alibi nachgewiesen; er war bei Begehung des Ebersberger Mordes in einer Fabrik in Höchst am Main beschäftigt.

Die letzte Hoffnung der Scharfmacher im Bergarbeiterausstand ist nun auch grausam zerstört worden. Als die Bergarbeiter sich von Ausschreitungen fern hielten, erfordern die Scharfmacher solche, doch mußte selbst der Minister diese Sensationsnachrichten für plumpen Schwindel erklären. Da kam am Tage nach Beendigung des Ausstandes die Nachricht von dem Attentat auf einen Eisenbahnzug, das durch die Nachsicht eines Streckenläufers im letzten Augenblick vereitelt worden sei. Neue Hoffnung erfüllte die Arbeiterfreude; es war selbstverständlich, daß die Ausständigen mit dem Verbrechen zu tun hatten. Jetzt kommt aus Essen folgende amtliche Nachricht: „Der Streckenläufer, der das Attentat auf den Schnellzug 96 bei Raternberg am 10. d. Mts. um 5 Uhr 30 Minuten morgens endete, und den Zug rechtzeitig zum Halten brachte, hat gestern abend dem mit der Untersuchung betrauten Berliner Kriminalkommissar gestanden, daß er selbst das Fahrhindernis auf dem Gleise anbrachte. Der Streckenläufer ist sofort verhaftet und steht seiner Verurteilung entgegen.“

Sehr unangenehm sowohl für den Streckenläufer, der sich zur glücklichen Stunde eine Belohnung erschwandeln wollte, als auch für die Scharfmacher.

Ueber ein großes Grubenunglück wird aus Birmingham (Alabama) gemeldet: In den Virginia-Gruben, Eigentum der Alabama Steel and Wire Company, klemmten Schlagwetter auf, die 107 Personen getötet haben sollen; viele andere sollen noch verschüttet sein.

Dockbrand in Amerika. Aus unbekannter Ursache brach gestern morgen in Boston an der Landungsbrücke Nummer 4 der Goufa Minnel Docks in Charlestown Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit die Dampfer „Philadelphia“ von der Lehnland- und die „Daltonhall“ von der Hall-Linie ergriff. Drei Matrosen sind verbrannt, der angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Dollar geschätzt; die Schiffe und Ladungen sind nicht vollkommen verloren.

Lebe und Diktatorclub Süd-Ost. Heute abend 8 1/2 Uhr, Götterstraße 58, bei Töllsdorf: II. Vortrag des Genossen Bernath über das Erfurter Parteiprogramm. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Naturheilverein V. Heute abend 9 Uhr bei Bugenhagen, am Roritzplatz: Vortrag über: Schmerzmittel durch Handgriffe.

Achtung! Strahlenhändler! Heute abend 9 1/2 Uhr, Andreasstr. 21: Deffentliche Protestversammlung.

Marktpreise von Berlin am 20. Februar. Nach Ermittlungen des Hl. Börsen-Brühdams. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,60—17,56 M., mittel 17,52—17,48 M., geringe 17,44—17,40 M., Roggen**), gute Sorte 13,90—13,89 M., mittel 13,85—13,87 M., geringe 13,86—13,83 M., Futtergerste**), gute Sorte 16,40—15,10 M., mittel 15,00 bis 13,80 M., geringe 13,70—12,50 M., Hafer**), gute Sorte 16,20—15,50 M., mittel 15,40—14,70 M., geringe 14,60—14,00 M., Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M., Epelbohnen, weiße 50,00—30,00 M., Linen 60,00—30,00 M., Kartoffeln 10,00—8,00 M., Biskuitroh 0,00—0,00 M., Fett 0,00—0,00 M., für ein Kilogramm Butter 2,80—2,60 M., Eier per Schaf 5,60—3,50 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 22. Februar 1905. Vorwiegend heiter und trocken, nachts Frost, am Mittags mild bei ziemlich lebhaften östlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 22. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyrenhäus. Samson und Dalila.
Renes k. u. k. Opern-Theater. Geöffnet.
Deutsches. Die Brüder von St. Bernhard.
Berliner. Der Kaiserjäger.
Leipzig. Ein Volksfeind.
Westen. Lucia von Lammermoor.
Zentral. Die Jungfrau.
National. Der Postillon von Lonjumeau.
Renes. Ein Sommernachts Traum.
Thalia. Der Kilometerfresser.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater.) Fuhrmann Henschel.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.) Im Hafen.
Renes. Abschied vom Regiment.
Westen. Hotel Pompadour.
Zuschpielhaus. Der Familientag.
Trianon. Die glückliche Gilberte.
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Suffen. Kein Leopold.
Belle Alliance. Der beste Tip.
Carl Weiß. Die Kinder des Kapitäns Grant.

Rafino. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Apollo. Berliner Luft.
Robl. Arend.
Herzfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.
Passage-Theater. Lucia Krall.
Reichshallen. Berliner Sänger.
Wasa. Die man Weiber fesselt.
Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubentrache 49/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Im Hofsaal abends 8 Uhr: Herr E. Ule: Das Leben der Ameisen am Amazonenstrom.
Zubehörspreise 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Ein Sommernachts Traum.
Donnerstag: Der Graf von Charolais.
Freitag, Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachts Traum.
Montag: Der Graf von Charolais.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.

Angele.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Donnerstag: Die Neuvermählten.
Abschiedssouper.
Freitag: Nachtsyl.
Sonnabend: Angele. Der Bär.
Sonntag: Angele. Abschied vom Regiment.

National-Theater

Weinbergsweg 19.

Mittwoch, den 22. Februar 1905:
Der Postillon von Lonjumeau.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Fidielle.
Freitag: Der Freischütz.
Sonnabend: Der Troubadour.

Zentral-Theater

Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Juxheirat.
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.
Sonnabend nachm. (halbe Preise, jeder Ermäßigung ein Kind frei): Der gestiefelte Kater. Sonntag nachm.: Der Zigeunerbaron.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Mein Leopold.
Donnerstag: Götter von Verlichtungen.
Freitag: Gastspiel des Theaters des Westens: Lucia von Lammermoor.
Sonnabend: Dorf und Stadt.
Sonntag, nachmittags: Der neue Stoffsatz. Abends: Götter von Verlichtungen.
Montag: Der neue Stoffsatz.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:

Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Kasino-Theater

Lothringergasse 37 (Rosenthaler Tor.)

Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 - 8 Konzert.
Heirat auf Probe.
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

Apollo-Theater.

Täglich:

Berliner Luft.
Wußt von Paul Linde.
Nadrennen auf der Bühne!
Robl-Arend
und die
Februar-Attraktionen.
Anfang 8 Uhr. Stalleneröffnung 7 Uhr.

Urania, Taubenstr. 49/49.

8 Uhr:

Schillings Tierleben.
Hörspiel: Herr E. Ule: Das Leben der Ameisen am Amazonenstrom.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTIGUM.

Friedrichstr. 165.

Neu! Rosa Wedstedt, das finn-ländische
Riesen-Mädchen!!!
2 Meter 30 cm groß!
Neu!
Das Erwachen des Poseidon!

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Börsen-Tag 5 Uhr.

Lucia Krall,
die berühmte Gesangs-Künstlerin.
Smeralda und Senitza,
die unübertrefflichen Afrobatentänzerinnen.
Jacques Bronn,
Humorist.
14 erstklassige Nummern.

Metropol-Theater

Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungsspiele mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68.

Zum Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp:
93. New-York
Male.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:

Hotel Pompadour.
Schwank in 3 Akten v. Anton von Nestroy u. Leon Kautz. Deutsch v. R. Schöna. Sonntag, 20. Februar, nachmittags 3 Uhr: Der selige Toubinet.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:

Der Familientag.

Sonntag nachmittags:
Das Lumpengefindel.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:

Die Kinder des Kapitäns Grant.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Zum 10. Mal: Hans im Glück. — Sonntag nachmittags 3 Uhr: Geld und Name.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Heute zum letztenmal
der
bisher unübertroffene lauchstige
Herrnsfeld-Schlager
mit seinen hübsch
bejuckenden Situationen

Prinz Levy in Ahlbeck

Schwank in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrnsfeld.
Präsident, dessen Nebenbuhler:
Anton Herrnsfeld.
Anf. 8 Uhr. Billettkauf 11-2 Uhr.
Morgen Donnerstag:
Premiere von „Die Meyerhains“.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.

Schiller-Theater

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im Hafen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im Hafen.

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im Hafen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Leibalte.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Charleys Tante.
Sonntag nachm. 3 Uhr:

Belle Alliance-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Durchschlagender Lacherfolg!
Der beste Tip.
Gr. Kunst-Poffen. Gef. u. Tanz i. 3 Akte.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Des Meeres u. der Liebe Wellen.

Schluß der Saison am 7. März cr.

Zirkus Busch.

Voranzeige.
Am Donnerstag, den 23. Februar 1905, findet eine Gala-Fest-Vorstellung statt, deren Gesamt-Ertrag dem Zentral-Komitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit in Südwest-Afrika und Ostafrika zugewandt wird.
Billets sind schon jetzt an der Kasse sowie im Invalidenpark und bei H. Wertheim zu haben. — Preise der Plätze: Logenplatz R. 20.—, Parterre R. 10.—, Balkon R. 8.—, I. Platz R. 3.—, II. Platz R. 2.—. Alle Ermäßigungen sind aufgehoben.
Heute, den 22. Februar, 7 1/2 Uhr:
Mit noch nie dagewesenem Erfolge
die große Ausstattungs-Feerie
Katharina II.
Außerdem: „Alba-Nubora“, ägyptischer Hengst, in der hohen Schule geritten von Fräulein Marika Rohate. Hieraus: Der Steiger „Tigeyran“, Weltretter! „Chips“, engl. Vollblut, Sprung von edler Erde über 8 Pferde mit Reiter. Persönliches Auftreten des Direktors Busch mit seinen 6 Vollblütern und die vorzüglichsten Programm-Nummern.
Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz.
M. 7500.— Geldpreise in bar!
Ehrenprofessoren: Herr Professor Reinhold Weges.
Beginn der Ringkämpfe jetzt 8 1/2 Uhr.

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Moabiter Gesellschaftshaus

Wictestr. 24 und Emdenerstr. 41.
Heute: Die kluge Rosa
das lebende, rechnende und gelehrte Pferd, vorgeführt von Mr. Williams, sowie neues Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 Uhr.
1000 Mark Prämie, welches Pferd der Rosa das nachmacht, einbegreifen der kluge Hans.
Jeden Donnerstag: Norddeutsche Sänger (Peit, Fernando, Zimmermann, Trauhols, Brüg und Breden).
Helmuth Peters.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

Skala-Theater.

Einsteinstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze,
oder: Verschlafen.
Poffe mit Gesang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf
sowie 30 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Neu-Palast.
Wie-a-vis d. Börse, 2 Min. d. Bf. Börse.
9 Uhr! Ein stürmischer Lacherfolg!
Kostüm!
Wieder-Gesangs-Poffe von Reiflingen, Verfasser von „Mutter Gräber“, „Onkel Gohn“, „Wie einst im Mai“, Vor-u. nachher: Spezialitäten u. Schauspielen allerersten Ranges.
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.
Entree 50 Pf.
Freitag: Große Elite-Vorstellung: Dorf und Stadt.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Billets an den
nummern. Billets
sind hier 8 Tage
vorher zu haben

Sanssouci.

Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Heute Mittwoch:
Die Tochter des Sträflings.
Schauspiel in drei Akten.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanzkränzen.
In Vorbereitung:
Don César, oder: König.
Graf u. Zrahenjäger.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Mittwoch, den 22. Februar 1905:
Die Waife aus Lowood
Schauspiel in zwei Akten von
Charlotte Birch-Blieser.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der Bucklige
oder: Die Nacht der Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Extra-Elite-Vorstellung: Der Herrgottschneider von Oberammergau.

Zirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 22. d. M., abends präz. 7 1/2 Uhr:
Grande soirée equestre. Elite-Programm.
u. a.: Albert Carré, Sohn des Königl. Herrschers, niederländischer Juchendirektor Oscar Carré.
Mlle. Priami, Nonj. Prosorpi, Orig. Balletto
Der Heidentenor zu Pferde. —
Crema Hoffmann. — Der Veruhardiner Hund als Kunstreiter.
Dir. Alb. Schumanns neues und moderne Dressuren sowie die glänzendsten neuen Spezialitäten. Um 9 1/2 Uhr:
Der Schlager der Saison:
Die große Schumannsche Ausstattungs-Pantomime in 7 Akten:
Eine Nordlandsreise.
Im Strafe der Witternachtsjonne.
Entworfen u. mit märchenhafter Pracht inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.
Morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Das Käthchen von Heilbronn.
Historisches Mitter-Schauspiel in fünf Aufzügen von H. v. Kleist.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.
Entree 30 Pf. Nummer Platz 50 Pf.
Sonntag nachm.: Das Geheimnis der alten Mamsell. Abends: Das Käthchen von Heilbronn.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Max u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserpark:
Tanz.

Otto Fritzkows

Abnormitäten - Ausstellung
Wassergasse 16.
Täglich Vorstellung
Der Monach ohne Gefühl unverkennbar, unerschütterbar, von wissenschaftl. Autorität, als größt. Wunder bezeichnet.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.

Riesen! Zwerge!
1888L.
Muster b. näher. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158, Oranienstr.

Wetzlarer Dombau-Geld-Lotterie.

Ziehung: 8. u. 9. März.
4400 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mark
320 000
Hauptgewinne: Mark
70 000
50 000
30 000
20 000
10 000
etc. etc. etc.
Originallose a 3 Mark.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra. (Nachnahme 20 Pf.)
K. von Holwede,
Berlin W. 8, Kronenstr. 71.

Künstlerhaus:

Montag, 21. Februar, 8 Uhr:
Märchen- und Balladen-Abend von
Maria Kolgers.
Karten a 4, 3, 2, 1 M. bei Wertheim, Leipzigerstr., Laasrus, Friedrichstr. 66, Schildberger, Schillstr. 3a, Lützowplatz.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Adolf Weiske.
Gleichfalls am Sonntag verstarb unser Mitglied, der Maurer
August Miethe,
Neue Hofstraße 50.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Genossen Weiske findet heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heilands-Friedhofes in Bismarckstr. statt.
Die Beerdigung des Genossen Miethe findet gleichfalls heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Dantes-Friedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Charlottenburg.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege
Adolf Weiske
am Sonntag, den 19. d. M., gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Bismarckstr. aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
64/3 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband d. Zimmerer Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin und Umg.)
Bezirk 11.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
Albert Giermann
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Pauls-Kirchhofes in Bismarckstr. aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
254/8 Der Vorstand.

Den nach langen qualvollen

Leiden erfolgten Tod meines geliebten Mannes, des Vaters
Theodor Gottwaldt
zeigt in tiefer Betrübniß an
Auguste Gottwaldt
geb. Kretschmann und Kinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilg. Kreuz-Kirchhofes (Mariendorf) aus statt.

Allen Freunden und Bekannten

die traurige Nachricht, daß unsere geliebte Nichte
Frida Blank
nach kurzem schweren Krankenlager am 20. d. M. verstorben ist.
Dies zeigen tiefbetriibt an
Wilhelm Rosenrotor nebst Frau,
Kassanien-Allee 27.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus nach dem Freiwilligen Friedhof, Doppel-Allee, statt.
Um stille Teilnahme wird gebeten.
21602

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Bruders und Schwagers, des Zimmerers
Wilhelm Paul
sagen wir allen Teilnehmern herzlichsten Dank. Besonders Dank sagen wir den Leuten, dem Meister Herrn Wagner und seinen Gefellen, dem Verein und Gesangsverein der Zimmerer, den Mitgliedern des Gemeinderates und dem sozialdemokratischen Wahlverein.
Frau Amalie Paul, Willy Paul.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Trägern und werten Kollegen des Zentralverbandes der Tischler meinen herzlichsten Dank.
21602
Frau. Elise Klatt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank.
23756
Bm. Baffel nebst Tochter,
Etelich.

Gauferer und Gandler,

welche Bezugsquellen haben, erhalten das Offertenblatt „Der Kleinhandel“ gratis und franco zugestellt. 23525
Typod. d. Kleinhandel, Berlin S. 53.

